



We won't return to normality,  
because normality was the problem

## Strategiedebatte 2020

Reader

# Inhaltsverzeichnis

|   |               |
|---|---------------|
| <b>Vorwort des Bundessprecher*innenrats .....</b>           | <b>- 4 -</b>  |
| <b>Beschluss: Für eine Offensive von Links! .....</b>       | <b>- 6 -</b>  |
| <b>Die Beiträge .....</b>                                   | <b>- 9 -</b>  |
| <i>BG Altötting-Mühlendorf.....</i>                         | <i>- 10 -</i> |
| <i>Frederic Beck.....</i>                                   | <i>- 13 -</i> |
| <i>BG Hannover &amp; LV Niedersachsen.....</i>              | <i>- 16 -</i> |
| <i>Sprecher*innenkreis des BAK Revolutionäre Linke.....</i> | <i>- 22 -</i> |
| <i>BAK Demokratische Linke .....</i>                        | <i>- 27 -</i> |
| <i>BG Köln .....</i>  | <i>- 32 -</i> |
| <i>LSp*R NRW I.....</i>                                     | <i>- 37 -</i> |
| <i>LSp*R NRW II.....</i>                                    | <i>- 42 -</i> |
| <i>BG Erlangen .....</i>                                    | <i>- 47 -</i> |
| <i>LV RLP.....</i>  | <i>- 52 -</i> |
| <i>BG Mainz .....</i>                                       | <i>- 56 -</i> |
| <i>BG Hamm I.....</i>                                       | <i>- 60 -</i> |
| <i>BG Hamm II.....</i>                                      | <i>- 65 -</i> |
| <i>LSp*R HH.....</i>  | <i>- 68 -</i> |
| <i>Caro Blüme und Christopher Thieme .....</i>              | <i>- 73 -</i> |
| <i>Carla Büttner und Paul Gruber.....</i>                   | <i>- 77 -</i> |

|                                  |         |
|----------------------------------|---------|
| <i>Jan Schiffer</i> .....        | - 82 -  |
| <i>Konstantin Gräfe</i> .....    | - 87 -  |
| <i>LSp*R Brandenburg</i> .....   | - 93 -  |
| <i>BG Leipzig</i> .....          | - 98 -  |
| <b>Wie geht es weiter?</b> ..... | - 109 - |

## **Vorwort des Bundessprecher\*innenrats**

Wir leben in einer Zeit der Krisen. Die Weltwirtschaftskrise ab 2007 hat zahlreiche Länder an den Rand des Ruins getrieben und Existenzen vernichtet. Ein massiver Rückbau des verbleibenden Rests Sozialstaat ließen die sozialen Verwerfungen des Kapitalismus einmal deutlicher hervortreten und die Verheißungen der neuen Rechten auf fruchtbaren Boden fallen. Der Kapitalismus steckt damit wieder einmal in einer Legitimationskrise. Doch die vermeintliche Lösung der Miesere - schnelles, ressourcenintensives Wirtschaftswachstum nach dem Mantra „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut“ – trifft heute auf einen Planeten an seiner Belastungsgrenze. Aus linker Perspektive lässt sich diese ökonomische-ökologische Zangenkrise nur durch eine grundlegende Veränderung der Produktionsweise lösen. Allerdings stellt sie die Linke - auch aufgrund der historischen Entwicklungen - vor besondere Herausforderungen.

Die gesellschaftliche und politische Linke befindet sich in einem Abwehrkampf gegen neoliberale und rechte Angriffe gleichermaßen. Auf der einen Seite steht eine Agenda eines diskriminierungsfreien, weltoffenen Kapitalismus, der durch Chancengleichheit eine Neuauflage des kapitalistischen Glücksversprechens propagiert. Auf der Gegenseite steht eine neue Rechte, bereit all jene, die seit Jahren in dieser Schlange stehen und auf ihren Anteil am Kuchen warten, aber täglich leer ausgehen, mit einer rückwärtsgewandten Retro-Erzählung gegen ersteren und seine angeblichen sowie wirklichen Errungenschaften zu versammeln.

Die Antwort der bürgerlichen Demokrat\_innen ist dabei nicht etwa eine klare Abgrenzung nach rechts, vielmehr versuchen sie mit einem mehr an

Abschottung und dem Zurückdrängen der Rechte von Geflüchteten, Frauen\* und LGBTQ\*s, sowie einer Ausweitung der Befugnisse der staatlichen Repressionsorgane der Rechten das Wasser abzugraben und machen sich letztlich dennoch zum Erfüllungsgehilfen ihrer Politik.

Als größter linksradikaler Jugendverband in Deutschland haben wir deswegen auf der zweiten Tagung des XII. Bundeskongress 2019 beschlossen „einen Beitrag dazu zu leisten, die unterschiedlichen Kämpfe zu verbinden und mit kulturell und politisch fortschrittlichen Konzepten eine Offensive von Links voranzutreiben.“. Das erste Bundesjugendplenum überhaupt, sollte den Auftakt dieses Prozesses darstellen. Um dem Willen des Bundeskongresses, trotz der Absage der BJP aufgrund der Corona-Krise gerecht zu werden, haben wir uns für eine alternative Variante überlegt und alle Gliederungen und Mitglieder der linksjugend [solid] aufgerufen uns Strategiepapiere zu folgenden Fragen zukommen zu lassen.

1. Mit welchen Strategien und Inhalten kann die gesellschaftliche Linke vor dem Hintergrund der Krise des Neoliberalismus und dem globalen Erstarken der Rechten in die Offensive kommen?
2. Welche Rolle kommt uns dabei als größter linksradikaler Jugendverband in Deutschland zu und wie können wir dieser Aufgabe gerecht werden?

In diesem Reader haben wir alle Einsendungen für euch zusammengestellt und den weiteren Prozess beschrieben.

## **Beschluss: Für eine Offensive von Links!**

Die zweite Tagung des XII. Bundeskongresses 2019 hat beschlossen:

Rechtsruck, Klimakrise und das volle Durchschlagen der neoliberalen Reform-Agenda der letzten 40 Jahre: Der derzeitige Zustand der Welt könnte aus einem dystopischen Weltuntergangsroman entnommen sein. Überall sind rechte Bewegungen auf dem Vormarsch, ziehen nach Wahlen gestärkt in die Parlamente der bürgerlichen Demokratien oder stehen wie in Brasilien, den USA, Polen und Ungarn gleich an der Spitze der Regierungen. Die Antwort der bürgerlichen Demokrat\_innen ist dabei nicht etwa eine klare Abgrenzung nach rechts, vielmehr versuchen sie mit einem mehr an Abschottung und dem Zurückdrängen der Rechte von Geflüchteten, Frauen\* und LGBTQ\*s, sowie einer Ausweitung der Befugnisse der staatlichen Repressionsorgane der Rechten das Wasser abzugraben und machen sich letztlich dennoch zum Erfüllungsgehilfen ihrer Politik. Zum Kernrepertoire der Rechten gehört auch das schlichte Verleugnen der Klimakrise. Einer Krise, die jetzt schon dazu führt, dass die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen bedroht ist und absehbar neue Fluchtbewegungen auslösen wird. Doch statt wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, die den Klimawandel zu mindestens eindämmen, begnügt sich die herrschende Politik mit nebulösen Appellen, folgenlosen Gipfeltreffen und Gesetzen, die letztlich vor allem die ärmeren Teile der Bevölkerung treffen, aber nichts an der der Hauptursache der Klimakrise ändern: dem globalen Kapitalismus.

Doch so dystopisch viele Entwicklungen auch seien mögen: Es gibt Hoffnung. Überall auf der Welt beginnen sich Menschen zur Wehr zu setzen. Sie protestieren gegen steigende Mieten in Städten, demonstrieren gegen den

allgegenwärtigen Sexismus und Morden an Frauen\* und setzen sich für ein Ende der Spar- und Kürzungspolitiken ein. Seit Anfang des Jahres streiken Schüler\*innen immer wieder freitags die Schule, um Druck für echten Klimaschutz und eine Klimagerechtigkeitswende zu machen. Die Proteste, die wir weltweit erleben, sind zwar oft unverbunden, in ihren Forderungen nicht weitgehend genug und allzu oft, um Abgrenzung zu anderen sozialen Bewegungen bemüht. Dennoch sind sie Ausdruck eines größer werdenden Unbehagens mit dem Kapitalismus und geben der Hoffnung auf die Möglichkeit einer grundlegend anderen Welt weitere Nahrung.

Als größter linksradikaler Jugendverband in Deutschland wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, die unterschiedlichen Kämpfe zu verbinden und mit kulturell und politisch fortschrittlichen Konzepten eine Offensive von Links voranzutreiben.

Die gesellschaftliche Linke in Deutschland und auch wir als Verband haben in den vergangenen Jahren sehr viel Kraft darauf verwendet, den aufkommenden Rechtsruck durch Aufklärungsarbeit, Aktionen und Kampagnen gegen Akteure und Inhalte der Rechten aufzuhalten. Dabei haben wir zu oft nur auf gesellschaftliche Debatten reagiert, statt unsere Visionen einer gerechten, demokratischen und freien und vor allem einer sozialistischen Gesellschaft populär zu machen. Vor uns steht die Aufgabe genau diese Leerstelle zu füllen und mit einer neuen Erzählung Strategien für eine Überwindung von Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus zu entwickeln. Dazu gibt es zahlreiche Fragen, die wir uns stellen müssen und die wir beantworten müssen. Was sind unsere Aufgaben als linkjugend [‘solid] vor dem Hintergrund der Krise des Neoliberalismus und des Erstarkens der

gesellschaftlichen und politischen Rechten? Welche Visionen können wir den herrschenden Verhältnissen entgegensetzen? Wer sind unsere Partner\*innen im Kampf gegen diese und auf welche Themen sollten wir unsere Schwerpunkte setzen?

Im Rahmen des Prozesses werden wir daher:

- die Strategie und Ziele der linksjugend [‘solid] in einem interaktiven Prozess gemeinsam ausloten
- das Update unseres Verbandes gemeinsam entwickeln, um unseren Verband transparenter, partizipativer und kampagnenfähiger zu gestalten
- unsere Positionen schärfen, vertiefen und modernisieren

Wir verstehen uns als pluralen Verband und haben daher eine vielfältige Debatte als Ziel. Wir möchten die unterschiedlichen Strategien, Ideen, Positionen und Anregungen in unserem Verband in einer Form diskutieren, in der sich alle beteiligen können. Gemeinsam wollen wir im kommenden Jahr auf dem Bundesjugendplenum in Halle unsere verschiedenen Überlegungen diskutieren, um Antworten auf unsere Fragen zu finden. Der Bundessprecher\_innenrat wird beauftragt auf Grundlage dieses Beschlusses einen solchen ergebnisoffenen Prozess anzustoßen.



## **Die Beiträge**

## BG Altötting-Mühldorf

Die linksjugend [!solid] steht in der Krise des Neoliberalismus und dem globalen Erstarren der Rechten an der folgenden Frage gebunden: Mit der Arbeiterklasse gegen das Kapital oder mit dem Kapital gegen die Arbeiterklasse?

Jahrzehntlang musste beispielsweise das Sozial- oder Gesundheitssystem dem Neoliberalismus zum Opfer fallen. Unter der Agenda 2010 wurden seitens der rot/grünen Bundesregierung Sozialabbauten vorgenommen, die unter Helmut Kohl unvorstellbar waren. Die Agenda 2010 führte zur Aufspaltung der Arbeiterklasse in links und rechts. Die Linke wollte sich in der Arbeiterklasse durchsetzen, ist aber an vielen Stellen gescheitert.

Dadurch entwickelte sich Die Linke – auch die linksjugend [!solid] – zu einer angepassten Kraft, die eher auf Kämpfe im Parlament als in Betrieben setzt. Die Entfremdung von der Arbeiterklasse und auch die gescheiterten Regierungsbeteiligungen haben enorm dazu beigetragen, dass Die Linke nicht mehr als „Alternative“ wahrgenommen wird, wie es vor zehn Jahren noch der Fall war. Faschistische Wahlerfolge sind Folgen, da sich das gespaltene Proletariat keiner richtigen Alternative mehr bewusst ist.

*Was lernen wir daraus?*

Es braucht ein Umdenken in der Linken. Das Anbiedern an Grüne und SPD kann in Folge der Weichspülung ihre Programmatiken keine Option mehr sein. Wir müssen uns von jenen Parteien und Gruppierungen distanzieren, die den größten Sozialabbau in der Geschichte der BRD vorgenommen haben. Seitens der Linken müssen radikale soziale Forderungen gestellt werden; das Milieu, das die Partei erreichen muss, ist die Arbeiterklasse. Experimente im linksliberalen Akademikermilieu sind und waren gescheitert.

Eine gesellschaftliche Linke muss in der Lage sein, Betriebsräte an linken Strukturen zu beteiligen. Das ist ein Werkzeug, um Mehrheiten in der Arbeiterklasse zu sichern und um ihre Forderungen zu Gute zu kommen. Wir müssen dafür sorgen, dass gewerkschaftliche Organisationen die Macht sichern können, die so vor einigen Jahrzehnten schon ausgeübt haben. Dabei wird die Macht des Kapitals gebrochen und auf die Arbeiter verteilt.

*Wie weiter mit der linksjugend [‘solid]?*

Die linksjugend [‘solid] muss an ihre Ideale halten: sich klar gegen Neoliberalismus und Faschismus aussprechen und ihre Ungerechtigkeiten sowie Verbrechen entlarven. Wir streben eine Gesellschaft an, in denen Profite nicht mehr übergeordnet werden und die Produktionsgüter der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Schluss mit bürgerlichen Regierungsbeteiligungen der Linken! Eine sozialistische Wirtschaftsordnung lässt sich unter Beteiligung der Grünen und SPD nicht ermöglichen. Stattdessen sind dabei Angriffe der Bourgeoisie auf

die Arbeiterklasse mögliche Folgen. Der Jugendverband muss radikale soziale Forderungen, die sich im Alltag vieler Menschen widerspiegeln, im Vordergrund stellen und die Handlungen aller Parteien (inkl. Linkspartei) klar kritisieren!

Es müssen bundes- und landesweite Diskussionsplattformen sowie Bildungsveranstaltungen geschaffen werden, um Leben in unserem Jugendverband zu sichern und geschulte Kader zu ermöglichen. Auf diesen Diskussionsplattformen soll es Möglichkeiten geben, über ein marxistisches Programm zu reden: Ohne sozialistisches Programm ist ein „linksradikaler“ Jugendverband keine Organisation, die die Mehrheit der Arbeiterklasse und Jugendlichen für sich gewinnen kann.

Das Intervenieren in Demos und Streiks soll stärker denn je geschehen: durch das Verteilen von Flugblättern und Halten von Reden wollen wir die Sympathie der Arbeiter und Jugendlichen gewinnen.

Dazu gehört es auch, dass die Präsenz im Internet deutlich gestärkt wird: währenddessen Faschisten es schaffen, in vielen Foren und Diskussionen Dominanz zu schaffen, ist gleiches vom linken Lager ausgehend selten der Fall. Wir brauchen geschulte Kader, die sich miteinander vernetzen und aktiv Aufrufe, Artikel und offene Briefe gemeinsam schreiben. So können wir enorm dazu beitragen, dass die Öffentlichkeitsarbeit der linksjugend [‘solid] ausgebaut wird. Das Entlarven von Positionen neoliberaler Parteien / Organisationen muss ebenfalls geschehen, um als wahrnehmbare Opposition dargestellt zu werden.

## Frederic Beck

### Solide oder was?

Die aktuelle Situation zeigt uns einmal mehr, wie verletzlich und fragil das gesellschaftliche und ökonomische Gefüge ist, in dem wir leben. Die soziale Frage ist drängender denn je und eigentlich sollten die Umfragewerte der Partei - zu der wir nun mal ein Stück gehören, mögen wir noch so unabhängig sein - in luftigen Höhen schweben. Doch anstatt dessen spielen wir in den Medien, den Köpfen der Menschen und den alltäglichen Gesprächen keine Rolle. Das mag wenig auffallen, wenn wir uns immer nur im eigenen Dunstkreis bewegen. Doch wir sind nicht der Nabel der Welt. Abgesehen davon, dass das nicht erklärte Ziel linker Politik sein sollte, werden wir auch nie nur in die Nähe einer mehrheitsfähigen Arbeit kommen, wenn wir es nicht endlich schaffen, unser Engagement adäquat nach außen zu transportieren. Die linksjugend ist gut darin Strukturdebatten zu führen und Anträge über die großen Fragen des Seins zu diskutieren, gerne auch zu fremden Ländern oder mit Vokabular jenseits aller Alltagstauglichkeit. Wenn es aber darum geht sich mit den lokalen Problematiken auseinanderzusetzen, im Leben der Menschen sichtbar zu werden und sich im Dialog darüber auszutauschen, was den Menschen des Lebensumfelds jenseits des eigenen Kneipentisches unter den Nägeln brennt, sind Lücken in unserer Arbeit zu erkennen. Im intellektuellen Milieu mag unser Wirken noch auf Anklang stoßen, obwohl selbst dort erschreckend hohe Wissensdefizite und mangelndes Interesse noch allzu oft dazu führen, dass Kreuze bei den Grünen oder an schlimmerer Stelle gesetzt werden. Erst wenn ich mich mit den Leuten hinsetze und ihnen in Ruhe unsere

Positionen, Ziele und unsere Arbeit erkläre, kann ich sie für uns und die Sachen, für die wir kämpfen gewinnen. Das geht aber nur, wenn ich mich nicht die ganze Zeit mit mir selbst beschäftigte. Die prekären, weniger akademisierten Schichten hingegen scheinen – bis auf wenige Ausnahmen – für die linksjugend aktuell in ungreifbarer Ferne zu sein. Ich gebe zu, dass auch ich Schwierigkeiten habe, Inhalte so zu transportieren, dass sie für alle verständlich sind. Doch wenn wir uns darin nicht üben, wird es in Zukunft keine signifikanten Fortschritte in diesem Bereich geben.

Radikale Forderungen, gerne auch mal über das Realisierbare hinaus, sind Kern unseres politischen Verständnisses. Allerdings müssen wir auch anerkennen, dass es nur gemeinsam mit anderen mitte-links orientieren Parteien und Strömungen geht und wir im Zweifel zu Kompromissen bereit sein müssen. Absolute Positionen sind da wenig hilfreich. Auch hier gilt wieder, nur in Einigkeit können wir in Verhandlungen ein Maximum an unseren Forderungen durchsetzen und nur im Bewusstsein, dass auch andere gute Vorschläge unterbreiten können, ist eine sinnvolle Arbeit untereinander und mit anderen möglich. Kritik ist wichtig, doch nicht jedes Wort sollte auf die Goldwaage gelegt werden und nicht jede Debatte im Kleinklein versinken. Das wirkt neunmalklug und wenig einladend. Wer mit Genderstern und Gramsci noch nicht geschmeidig umgehen kann, ist nicht unser Todfeind, der sitzt ganz wo anders. Im Land- oder Kreistag, der Konzernzentrale zum Beispiel. Wie können wir uns nun also abheben, die Menschen und vor allem die Jugend für uns gewinnen und gleichzeitig echte Verantwortung übernehmen?

Wir können wunderbar gegen etwas sein: Gegen den Kapitalismus, gegen den

Neoliberalismus, gegen Nazis und gegen schmutzige Autos. Doch das FÜR ist uns verloren gegangen. Ich stelle mir eine linksjugend vor, die eine Vision des demokratischen Sozialismus im Herzen trägt. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg und diesen können wir nur in kleinen, praxistauglichen Schritten beschreiten. Also sollten wir in den Schulen, an den Unis und in den Betrieben dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort für sie aufbereitete Materialien an die Hand bekommen und sich selbst ermächtigen und organisieren, um für ihre Vorstellungen einer besseren, linkeren Welt zu streiten. Die Situation in Venezuela mag brennend sein, doch konkret helfen können wir hier, an Ort und Stelle. Sei es um den Nahverkehr für Auszubildende kostenlos zu machen, das Noten-Regime zu lockern oder Langzeitstudiengebühren anzuprangern. Die wenigsten Jugendlichen kommen von sich aus zu uns, erst wenn wir genügend Bewusstsein geschaffen haben, wird sich dieser Prozess verselbstständigen. Zuhören ist dafür zunächst die wichtigste Formel, denn nur so können wir Probleme verstehen, Lösungen entwickeln und gleichzeitig unsere Visitenkarte in den Köpfen verankern, damit beim nächsten Mal die Kreuze an der richtigen Stelle gesetzt werden und auch wir als Verband durch immer neue Mitglieder bereichert werden. Denn das wollen wir doch: Pluralität. Und zwar solche die uns eint und nicht eine die uns bis zur Unkenntlichkeit spaltet. Dafür kämpfe ich und viele andere in und außerhalb unseres Verbandes. Für Frieden, Solidarität, kritische Ökonomie und immer auch ein Stück Humor in Zeiten einer schier endlosen Ernsthaftigkeit.

# BG Hannover & LV Niedersachsen

## Einleitung:

Das Wort „radikal“ bedeutet den Wurzeln des Problems auf den Grund zu gehen. In diesem Sinne haben wir versucht einen schonungslosen Blick auf unseren gemeinsamen Jugendverband zu werfen und herauszufinden, wo unsere grundsätzlichen Probleme liegen. Dabei haben wir uns vor allem auf die Struktur des Verbandes konzentriert, Probleme benannt und versucht Lösungen aufzuzeigen.

## **1. Organisation**

### **a. Mitgliederverwaltung**

Ein großes Problem, das uns davon abhält unser volles Potenzial auszuschöpfen, sind Schwierigkeiten in der Mitgliederverwaltung. Basisgruppen werden nicht über neue Mitglieder in ihrem Umfeld informiert, so dass es nicht möglich ist, auf diese zuzugehen und sie aktiv einzubinden. Sympathisant\*innen, die einmal bei einem Treffen waren, können in Mailverteiler aufgenommen werden. Dies kann eine gute Mitgliederverwaltung jedoch höchstens ergänzen und niemals ersetzen. Hier brauchen wir dringend eine Lösung in Form einer zentralen Mitgliederverwaltung, auf die Sprecher\*innen oder gewählte Mitgliederbeauftragte Zugriff erhalten. Diese sollte zwischen aktiven und passiven Mitgliedschaften sowie Sympathisant\*innen unterschieden.

### **b. Mentoring**



Der Einstieg in den Verband ist oft schwerer als er sein müsste. Oft würde es schon helfen, wenn es jemanden gäbe, an den man sich wenden kann wenn man Fragen hat oder sich beteiligen möchte. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, ein Mentoringprogramm zu erproben.

### c. Kampagnenfähigkeit

Viele unserer im Ansatz sehr gut konzeptionierte Kampagnen scheitern, weil niemand etwas von ihnen mitbekommt. Aus diesem Grund sollten diese besser, in den Verband hinein kommuniziert werden. Hier braucht es mehr direkte Kommunikation mit der Basis und neue Organisationsformen, die Bottom-Up ermöglichen.

### d. BSp\*R

Um die Arbeit des Jugendverbandes auf Bundesebene besser koordinieren zu können, würden wir eine Aufstockung des BSp\*R unterstützen. Damit außerdem eine gewisse Kontinuität gewährleistet ist, möchten wir euch vorschlagen, die Wahlperiode auf zwei Jahre zu verdoppeln, wobei jedes Jahr die eine Hälfte der Mitglieder neu gewählt wird.

### e. Geschäftsführung

Um die Geschäftsführung, die bisher lediglich organisatorische Arbeiten übernimmt, mit einem Mandat für politische Arbeit auszustatten und demokratisch zu legitimieren, würden wir vorschlagen, diese in ein in ein Wahlamt umzuwandeln.

#### f. SDS

Wir sind inzwischen an einem Punkt angelangt, an dem wir als linksjugend in unserer täglichen Arbeit kaum noch in Berührung mit dem SDS kommen. Das in der Satzung unseres Verbandes beschriebene Verhältnis als eine Arbeitsgruppe der linksjugend, bildet die Realität nicht mehr ab. Der SDS hat sich längst weit von seiner ursprünglichen Aufgabe, nämlich Hochschulpolitik zu machen, entfernt. Stattdessen nimmt er zu allen möglichen Themen Stellung, wozu die Mitglieder selbstverständlich auch das Recht haben. Aber das ist aus unserer Sicht dann eben nicht mehr die Aufgabe eines Arbeitskreises. Der SDS hat eigene Strukturen, eine eigene Mitgliederverwaltung und eigene Entscheidungsfindungsprozesse, an denen der Rest des Verbandes nicht beteiligt ist. Wir sollten daher Anstrengungen unternehmen den SDS wieder tiefer in den Verband und die vorgesehenen Strukturen zu integrieren.

#### g. Verhältnis zur Partei

Außerdem möchten wir generell für eine stärkere Bindung an die Partei plädieren. Die LINKE braucht einen starken Jugendverband, der es sich nicht nur zur Aufgabe macht, sozialistische Politik der jungen Generation schmackhaft zu machen, sondern auch in die Partei hineinwirkt bzw. junge Menschen für eine Arbeit in der Partei vorbereitet. Das bedeutet nicht, nicht mehr in Bündnissen mitzuarbeiten oder keine Bewegung mehr zu unterstützen. Es geht vielmehr um die interne inhaltliche Ausrichtung. Für uns bedeutet das, sich inhaltlich stärker an parlamentarischen Themen zu

orientieren und auch stärker den Kontakt zu Mandatsträger\*innen zu suchen. So können wir junge Menschen für linke Politik gewinnen und hoffentlich auch dazu motivieren, sich lokal einzubringen.

## **2. Öffentlichkeitsarbeit / Erscheinungsbild**

Wir unterstützen die laufenden Bemühungen des Bundesverbandes ein neues Corporate Design zu erarbeiten, möchten den Genoss\*innen dabei jedoch ein paar Denkanstöße mit auf den Weg geben...

### **a. Sharepic Generator**

Neben einem Design Manual benötigen wir endlich einen guten Sharepic Generator, der es auch technisch weniger affinen Genoss\*innen ermöglicht, binnen weniger Minuten ein vorzeigbares Sharepic zu entwerfen. Dieser muss natürlich die Möglichkeit zum Upload von Bildern sowie Formatvorlagen für verschiedene Plattformen bieten. Bestenfalls sogar die Möglichkeit eigene Vorlagen zu erstellen.

### **b. Logo / Farbschema**

Wir wünschen den beteiligten Genoss\*innen dabei auch genügend Mut, sich vom aktuellen Design zu entfernen. Dieses hat sich zwar in den letzten Jahren stetig verbessert, ist aber nicht wirklich mitreißend.

### **c. Infrastruktur**

Die Bundesebene sollte ein einheitliches Design für Webseiten anbieten, auf dem die Basisgruppen dann einfach aufsetzen können. Außerdem wäre ein einheitliches Hosting von Webseiten, Cloudspeicher, Mailadressen usw. eine gute Idee. Bei der Menge an Basisgruppen und Landesverbänden, die eigene Websites unterhalten, könnten hier vierstellige Beträge gespart werden.

#### d. Basis sichtbar machen

Um neue Mitglieder zu gewinnen und den Verband lebendiger wirken zu lassen, wäre es gut, mehr Bilder von der Basis zu zeigen. Hier kann uns ein Blick zu unseren Genoss\*innen nach Österreich wie es geht.

#### e. Namen ändern

Unser Doppelname „linksjugend [‘solid]“ ist aus dem Zusammenschluss zweier Jugendverbände entstanden. Bei solchen Fusionen spielen natürlich immer Befindlichkeiten eine Rolle. Das „[‘solid]“ wirkt inzwischen ein wenig wie ein Fremdkörper, führt bei anderen Gruppen zu Verwirrung und steht eventuell einem frischen Auftritt im Weg. Daher unser Vorschlag zur Umbenennung in linksjugend.

#### f. Mandatsträger\*innen

Obwohl wir als linksjugend bisher weniger am parlamentarischen Betrieb orientiert sind als andere Jugendverbände, haben wir viele Mitglieder, die sich lokal auch in Parlamenten für progressive und soziale Politik einsetzen. Dieses Engagement müssen wir auch in der Öffentlichkeit mehr wertschätzen. Indem wir positive Erfahrungen teilen und darüber sprechen, was diese

Genoss\*innen alles bewirken, können wir mehr junge Leute dazu bringen, sich zu engagieren und selbst zur Wahl zu stellen.

#### g. öffentliche Vertretung:

Um in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen zu werden, müssen wir unseren Umgang mit Medien besser koordinieren. Anderen Jugendverbänden gelingt es auf diesem Weg inzwischen öffentlichkeitswirksam eigene Themen zu setzen. So geschehen im Rahmen der Enteignungsdebatte im letzten Jahr. Politische Erzählungen, sind in den Medien mit den Gesichtern, die sie verkörpern, untrennbar verbunden. Aus diesem Grund würden wir die Wahl von Vorsitzenden auf Bundesebene oder zumindest die Beauftragung zweier Sprecher\*innen als Ansprechpartner\*innen für Medien begrüßen.

#### h. Onlineshop

Des Weiteren wünschen wir uns einen Onlineshop, in dem Genoss\*innen möglichst günstig T-Shirts oder andere Materialien erwerben können, die der Verband nicht kostenfrei zur Verfügung stellen kann.

## Sprecher\*innenkreis des BAK Revolutionäre Linke

### **Diese Krise muss ein Weckruf sein – für einen klassenkämpferischen Jugendverband!**

Die Corona-Pandemie hat weltweit die größte soziale Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ausgelöst. Hunderttausende Menschenleben sind bedroht und Zehntausende bereits verloren, weil nationale Gesundheitssysteme kaputt gespart wurden und der Kapitalismus versagt, Gesundheit und soziale Existenz der Mehrheit der Bevölkerung zu sichern. Diese Krise kann und wird nicht allein mit einem Impfstoff überwunden, denn die Krankheit heißt Kapitalismus. Schon im letzten Jahr mehrten sich die Zeichen, dass eine Rezession in der Weltwirtschaft und auch in Deutschland eingesetzt hat. Die Folgen des Corona-Ausbruchs verschärfen diese nun massiv und es ist nicht auszuschließen, dass wir vor der tiefsten Krise des Kapitalismus in seiner Geschichte stehen.

### **Alles wird anders**

Obwohl die Herrschenden in Rekordtempo neoliberale Grundsätze, wie die Schuldenbremse, über Bord geworfen haben, um das System aufrechtzuerhalten, werden die Profite der Kapitalisten nicht angetastet. Die Kosten dieser Krise sollen auf dem Rücken der Arbeiter\*innenklasse ausgetragen werden. Massive Angriffe auf Lebensstandards und demokratische Rechte liegen vor uns. Die Bedeutung sozialer und Klassenfragen wird zunehmen. Gleichzeitig gibt es keinen Grund

anzunehmen, dass die Kämpfe gegen die Klimazerstörung, Rassismus oder Sexismus aufhören. Auch wenn der Terroranschlag von Hanau vom Virus wieder in den Hintergrund gedrängt wurde, sollten wir nicht vergessen, wie viel Angst aber auch Wut sich angesichts des Erstarkens der Rechten angesammelt haben.

Im Verlauf dieser Krise wird sich das Bewusstsein breiter Schichten der Bevölkerung, insbesondere unter Jugendlichen, radikal verändern. Das wird früher oder später zu größeren gesellschaftlichen Kämpfen führen. Im Verlauf dieser Krise wird ein großer Teil das kapitalistische System in Frage stellen. Damit wird auch die Offenheit für sozialistische Ideen wachsen – wie die Zahl jener, die sich organisieren wollen, um für die eigenen Interessen kämpfen zu können.

### **Bundesverband stagniert**

Man wünschte bei diesen Aussichten, man könnte sich darauf verlassen, dass der größte linke Jugendverband in Deutschland die damit einhergehenden Chancen schon nutzen wird. Leider haben die letzten Jahre kaum Anlass für solche Hoffnungen gegeben. Im Gegenteil ist es nötig eine deutliche Warnung auszusprechen: Wenn der Verband sich nicht von Grund auf verändert, ist es schwer vorstellbar, dass er in den kommenden Klassenkämpfen und Bewegungen eine Rolle spielen und zu einem Anziehungspunkt für Jugendliche wird. Keine Frage: Viele Genoss\*innen, Basisgruppen und Landesverbände wie NRW und RLP sind aktiv dabei, einen klassenkämpferischen, linken Jugendverband aufzubauen. Aber der

Bundesverband ist meilenweit davon entfernt, ein Angebot für sich radikalisierte Jugendliche zu sein.

Beispiel Klimabewegung: Während sich im letzten Jahr hunderttausende Jugendliche darin radikalisiert haben, veröffentlichte der BSp\*R einen einzigen Flyer zum Thema. Der Bundesverband hat es versäumt ein sozialistisches Programm aufzustellen, noch wurde er groß wahrgenommen. Unser BuKo-Antrag von April 2019 auf einen solchen Flyer wurde erst in diesem Frühjahr umgesetzt. Die linksjugend ['solid] stagniert, weil sie in solchen Bewegungen nicht deutlich macht, warum es überhaupt einen sozialistischen Jugendverband braucht. Das setzt sich heute leider fort: Seit Ausbruch der Corona-Krise gibt es kein Notfallprogramm mit konkreten Forderungen oder Flyer und Wandzeitungen für die Basisgruppen, um außerhalb der linken Online-Szene Menschen zu erreichen.

Das grundlegende Problem im Verband ist politisch. Im Bundesverband und den meisten Landesverbänden dominieren reformistische Strategien, die abstrakt die „befreite Gesellschaft“ zum Ziel ausgeben, aber in der alltäglichen Praxis trotz der ein oder anderen richtigen politischen Forderung keinen Weg über den Rahmen des Kapitalismus hinaus weisen. Das führt konsequenterweise zu Kooperationen mit pro-kapitalistischen Parteien wie SPD und Grünen und ihren Jugendverbänden. Aber wie für die LINKE gilt auch für den Jugendverband, dass diese Orientierung eine sozialistische Kraft überflüssig macht. Das verhindert auch den Verbandsaufbau, wenn man politisch unterschiedslos zu anderen Organisationen ist und die



Selbstbespaßung der eigenen Szene dazu führt, dass Jugendliche aus der breiten Bevölkerung abgeschreckt werden. In Krisenzeiten gilt das doppelt und dreifach.

### **Was nötig ist**

Die linksjugend ['solid] muss sich von Grund auf ändern, wenn sie in den nächsten Jahren eine Rolle im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft spielen will. Zuallererst braucht der Verband ein Krisenprogramm, welches die Interessen der Arbeiter\*innenklasse und Jugend verteidigt. Das beinhaltet u.a. den Kampf gegen Entlassungen und Kurzarbeit, gegen Lohnverlust und die Ausweitung der Arbeitszeit, für Gesundheitsschutz an Schulen, Unis und am Arbeitsplatz, für massive Investitionen ins Gesundheitssystem, sowie die Rekommunalisierung privatisierter Krankenhäuser und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Herrschenden geben das Bild aus, wir säßen alle in einem Boot. Wir müssen jetzt dagegenhalten und erklären, dass nicht die Arbeiter\*innenklasse sondern die Kapitalist\*innen die Kosten dieser Krise bezahlen sollen. Die Schlussfolgerung dieses Programms muss sein, die Macht der Kapitalist\*innen zu brechen und Großkonzerne und Banken in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung zu überführen. Auf Grundlage der Einführung einer demokratisch geplanten Wirtschaft kann die Gesellschaft diese Krise überwinden und neue Krisen vermeiden.

Dieses Programm muss auf die Straße, in Schulen und Universitäten und in Betriebe getragen werden. Es könnte massenhaft durch Flyer, Plakate etc.

verbreitet werden; auf Veranstaltungen – in Lockdown-Zeiten online – diskutiert werden. Eine Möglichkeit wäre auch die zeitnahe Einberufung eines bundesweiten Jugendkrisengipfels – zur Not online, sobald wie möglich physisch – gemeinsam mit z.B. den Gewerkschaftsjugendlichen, um über Widerstand und Forderungen zu beraten. Die Krise wird dazu führen, dass auch junge Beschäftigte in den Gewerkschaften nach Mitteln suchen, um sich zu Wehr zu setzen. Mit diesen Jugendlichen müssen wir Bündnisse schließen.

Diese Krise muss ein Weckruf für den Verband sein. Schluss mit Karrierismus, Ausschlussversuchen gegen Verbandslinke oder szenelinker Selbstbespaßung. Es braucht dringend einen klassenkämpferischen Jugendverband, der – wie wir in unserer Gründungserklärung geschrieben haben - „den Namen sozialistisch, links und demokratisch verdient hat.“ Um Mehrheitsverhältnisse dafür zu erreichen, ist es wichtig, dass sich die kritischen und kämpferischen Kräfte organisieren. Der BAK RL soll dafür ein Forum sein. Wir laden alle ein, sich uns anzuschließen.

## BAK Demokratische Linke

Eine nüchterne Analyse der Verhältnisse in und um den Verband herum lässt leider nur den ernüchternden Schluss zu, dass die Linksjugend [solid] dem Anspruch die politischen Verhältnisse und den Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland nach links zu verschieben nicht gerecht wird. Das liegt unseres Ermessens nach weniger an den Inhalten, sondern vielmehr an Schwächen innerhalb der Verbandsstruktur, die seit der Gründung bestehen und seither in die Verbands-DNS eingegraben sind. Sie hemmen die Effektivität und Wirksamkeit des Verbands und verhindern effektiv eine Außenwirkung, die nicht ausschließlich nach Innen gerichtet ist. Getreu dem Motto: Die Welt zu verändern bedeutet, bei sich selbst anzufangen, haben wir mehrere Punkte zusammengefasst, wie wir uns vorstellen, den Verband als wirksame und vor allem wahrnehmbare Kraft im deutschen Spektrum politischer Jugendorganisationen von JU bis Falken auftreten zu lassen. Dies sind Vorschläge für eine umfassende Verbandsreform, Feedback ist ausdrücklich erwünscht und wir wünschen uns explizit Impulse aus allen Lagern, die ggf. in eine Flut aus Anträgen über den nächsten Bundeskongress entschieden werden können. (Brace yourselves!)

### Punkt 1: Vorstandsarbeit.

Die aktuelle Struktur des BsPR als alleiniges Gremium, dass die Funktionen des Bundesvorstands einnimmt, aber ohne Vorsitzende auskommt, ist ineffektiv und hindert den Verband daran eine kohärente und reaktive Außenwirkung zu entfalten. Die Gründe sind mannigfaltig: Traditionell sind im BsPR Vertreter aller wichtigeren Strömungen innerhalb der Linksjugend

vertreten, was wir nicht in Frage stellen, aber sie verhindern eine zeitnahe Antwort auf aktuelle öffentliche Fragestellungen, da immer zuerst eine Debatte geführt werden muss, wie denn die Bundes-LJ zu diesem und jenen Thema steht. Die Einrichtung einer quotierten Doppelspitze aus Bundesvorsitzenden würde diesem Problem schon Abhilfe schaffen. Die Presselandschaft hätte zwei Namen, mit denen sie arbeiten kann, die immerzu erreichbar sind und deren Arbeit regelmäßig durch die Mitglieder und die öffentliche Meinung kontrolliert würde. Es vereinheitlicht die Erscheinung der solid mit anderen Jugendverbänden und hilft uns auch in der Allgemeinheit besser angenommen zu werden. Zusätzlich bietet es auch die Möglichkeit, neue Gesichter nach vorne zu pushen und so ein tatsächliches Gewicht der Meinung des Jugendverbandes in Partei und Gesellschaft zu erreichen. Der BsPR an sich bleibt erhalten, seine Funktion wird vielmehr umgewandelt in die eines Bundesvorstands, der die Aktivitäten der Vorsitzenden prüft und inhaltliche Impulse für den Verband liefert, primär also nach innen wirkt. Die Zahl der Mitglieder des BsPR bliebe dabei unverändert, d.h. sieben Mitglieder plus Schatzmeister\*in. Zusätzlich schlagen wir vor, die Amtszeit der Bundessprecher\*innen auf zwei Jahre zu erhöhen.

Punkt 2: Der SDS.

Ein kontroverser Punkt, aber leider eine Debatte, die unseres Erachtens nach geführt werden muss: Die Beendigung des Sonderstatus des SDS innerhalb der Linksjugend. Im realen Verbandsleben existiert der SDS völlig unabhängig von solid, er führt eigene Mitgliederlisten, bezieht eigene Mitgliedsbeiträge und hat eine eigene Verbandsbürokratie. Der SDS ist schon lange kein Teil der

solid mehr, wir sind dafür diesen Punkt mit einer Abstoßung des SDS aus solid endgültig zu machen. Wir werden SDS beim Aufbau der formaljuristischen Strukturen selbstverständlich unterstützen. Wir erhoffen uns von diesem Schritt ebenfalls eine Neuorientierung des SDS auf Hochschulpolitik.

Punkt 3: Verzicht auf das Prädikat des „unabhängigen“ Jugendverbandes  
Was meinen wir damit? Eine Klarstellung der Faktenlage. Die solid ist und war nie unabhängig von der Partei, vor allem in finanzieller Hinsicht. Zahlreiche Mitglieder der solid sind ebenfalls Mitglieder der Partei. Was uns von Jugendverbänden wie den Jusos oder der Jungen Union unterscheidet ist dass unsere Infrastruktur deutlich weniger an unsere Mutterpartei gekoppelt ist, dies, und das möchten wir in aller Härte noch einmal klarstellen, ist eine große Stärke unseres Verbands. Also warum auf dieses Prädikat der Unabhängigkeit verzichten? Es würde erstmal unserer Mutterpartei ein klares Signal senden, dass wir es ernst meinen mit unserer Anbindung an die Partei. Das Umherschwimmen im Fahrwasser von Partei und Autonomen Gruppen zugleich hemmt unseren Einfluss auf die Partei und unsere gesamtgesellschaftliche Wirkung. Autonome Gruppen mögen zwar Verbündete sein, aber als reale Partner im gesellschaftlichen Kämpfen um regierungsfähige Mehrheiten sind sie ungeeignet und obendrein in ihrer eigenen Struktur sehr homogen und abgeschlossen. Der Verzicht auf dieses Prädikat ist explizit nicht gemeint, die bisherige, von der Partei autonom agierende Struktur der solid aufzulösen, es ist ein rein symbolischer Akt und hätte auf die Strukturen innerhalb des Verbands keinerlei Auswirkungen.

#### Punkt 4: Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit.

Ein heißes Eisen im Feuer linker Politik ist nicht erst seit der Entstehung des Internets die Öffentlichkeitsarbeit. Wie können wir tausenden von eigentlich gar nicht mal so politischen Jugendlichen davon überzeugen, dass Sozialismus eigentlich ne ganz feine Sache ist? Das bisherige Bild in der Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Verbands krankt unseres Erachtens nach an folgenden Punkten: Es ist uneinheitlich, Verbände hinterlassen Textwüsten auf unübersichtlichen oder ungepflegten Webseiten, die niemand je liest und werden selten mit Bild oder gar Videomaterial ausgeschmückt. Die Partei verfügt über eine eigene Agentur für Wahlkämpfe, warum nutzen wir nicht dieses Potential? Eine einheitliche Corporate Identity die für alle LVs wie auch den Bundesverband verbindend ist, schafft nicht nur eine Standardisierung unserer Webpräsenzen, sondern erhöht auch den Wiedererkennungswert in unseren Zielgruppen. Wir möchten an die Experimente mit Online-Podcasts und Verträgen, wie sie im Zeichen der Coronakrise vorangetrieben wurden, auch zukünftig anknüpfen, sie professionalisieren und in dauerhafte Formate umwandeln. Die Öffentlichkeitsarbeit eines sozialistischen Jugendverbands sollte den Fokus auf verständliche politische Bildung und Vermittlung seiner Positionen legen und dafür sind regelmäßige Podcasts, Livestreams und eventuell auch YouTube-Formate mittlerweile essentiell, um möglichst viele Personen zu erreichen.

#### Punkt 5: Transparenz

Die Beschlüsse innerhalb der Bundesebene sind bisweilen undurchsichtig und nur schwer zugänglich, vornehmlich über jene, die an diesen Veranstaltungen

tatsächlich teilgenommen haben. Menschliche Erinnerungen sind selektiv und oft lückenhaft. Wir schlagen daher vor, nicht bloß die Beschlüsse, sondern sämtliche Protokolle von Bundeskongressen, den Sitzungen des Länderrats und des BsPR auf der Website zu veröffentlichen und wenigstens einmal über die entsprechenden Kanäle (Facebookgruppe, emailverteiler) an alle Mitglieder zu verschicken.

## **1. Feminismus ist keine Nebensache**

Quotierung und Feminismus sind kein nice to have: Wenn ganze Landesverbände trotz großer Aktivenzahl in ihren Gremien und auf ihren Veranstaltungen oft einen Männerüberhang verzeichnen, dann ist das kein unschöner Zufall, sondern ergibt sich daraus, dass stark männlich dominierte Strukturen dieses Geschlechterverhältnis reproduzieren. In solchen Fällen ist es sinnvoll und notwendig, eine harte Quotierung anzuwenden, damit sich entsprechende BGs auch darum bemühen müssen Frauen\* zu gewinnen. Es braucht im gesamten Verband ein Bewusstsein für die Wichtigkeit antisexistischer Politik und ein Aufbrechen von Mackerkultur und Männerbünden. Wir setzen uns ein für die Gründung eines Frauen(Inter\*Trans)-Rats, der bundesweit arbeitet, um den Stand der Frauenförderung zu prüfen und Bildungsangebote spezifisch für junge Frauen zu schaffen.

## **2. Queerpolitik gehört auf die Agenda**

Queerpolitik sollte kein Thema sein, mit dem Mensch sich höchstens einmal im Jahr passend zum CSD beschäftigt, sondern ein beständiges wichtiges Thema, mit dem sich auseinander gesetzt wird. Queerpolitik ist kein Nischenthema, denn in der Linksjugend sind viele junge, queere Menschen organisiert und es braucht eine innerverbandliche Solidarität, die bei allen ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der queeren Emanzipation schafft. Es reicht nicht auf dem liberalen Standpunkt zu bleiben und Queerfeindlichkeit aus



dem Bauch heraus abzulehnen. Ein sozialistischer Verband sollte eine materialistische Analyse von Queerfeindlichkeit haben, anstatt einfach bei der moralischen Verurteilung und der theoretisch nicht unterfütterten Solidarität stehen zu bleiben. Es gibt eine reiche Geschichte marxistischer Denker\*innen, die sich mit der Unterdrückung von Menschen auseinandergesetzt haben, deren Sexualität und Geschlechtlichkeit nicht in das herrschende Geschlechtersystem passt, bloß sollte der Jugendverband auch mal anfangen, sich mal mit denen auseinanderzusetzen.

### **3. Arbeit an Schulen**

Als Jugendorganisation ist es unabdingbar Schüler\*innen (inklusive Azubis) für unsere politische Arbeit zu gewinnen. Mitglieder die noch zur Schule gehen, können dort sehr stark Einfluss nehmen. Dafür brauchen wir Konzepte wie wir direkt den Schulalltag mit guten Positionen verbessern wollen, basierend auf Selbstverwirklichung, kritischem Denken und Partizipation. Zum Beispiel erfolgreiches Teilnehmen an Podiumsdiskussionen könnten dafür effektive Werbung sein, dafür braucht es aber Vorbereitung und Training. Ein gemeinsamer Leitfaden zu Podiumsdiskussionen und Debattenverhalten könnte dafür hilfreich sein.

### **4. Wie präsentieren wir uns in der Presse und Öffentlichkeit**

Um als linke Organisation stark aufzutreten braucht es eine gute Außenkommunikation. Diese muss klar sein und unsere konkreten Forderungen rüberbringen, verständlich, um in der Masse mehr Menschen zu erreichen und provokant, um linke Themen stärker in die öffentliche

Wahrnehmung zu bringen. Niemandem nützt eine radikale Forderung, wenn sie nicht über den Verband hinausdringt. Wir setzen uns ein für eine hauptamtliche Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auch ist es notwendig, die Basis stärker bei der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, beispielsweise durch einen gut funktionierenden vielseitigen Sharepic-Generator und Online-Vorlagen für Presseverteiler, Pressemitteilungen, Flyer etc.

## **5. Kultur und Förderung innerhalb des Verbandes**

Menschen innerhalb der Linksjugend müssen sich wohlfühlen können und bei uns einen sicheren Raum wissen, der sie vor Unterdrückung schützt und sie gleichzeitig bei der Partizipation außerhalb, aber vor allem auch innerhalb, fördert. Mitglieder müssen vor allem Pluralität erlauben, Debatten über verschiedene Positionen zulassen und von der eigenen Meinung abweichende Positionen nicht gleich mit Schlagbegriffen belegen, die wir in der Regel für Gegner\*innen von ganz weit rechts reserviert haben. Die politische Arbeit bei uns muss effektiv und anerkannt werden, dadurch motivierend sein, aber auch Spaß machen, weil wir sind ja auch kein konservativ-bürgerlicher Jugendverband. Wir brauchen daher in vielen Teilbereichen eine gesunde Balance. Das regelmäßige Plenum sollte pünktlich stattfinden und strukturiert ablaufen. Das Plenum sollte keine reine Bildungsveranstaltung sein, aber auch kein purer Social Club, um Parties zu organisieren, stattdessen beides anbieten.

## **6. Mentoring von Neumitgliedern**

Um junge und neue Mitglieder besser in den Verband einzubinden, müssen wir ein Mentoringprogramm schaffen. Dabei ist es einerseits wichtig, dass innerhalb der Basisgruppen erfahrenere Mitglieder neue Mitglieder betreuen und ihnen einen guten Einstieg ermöglichen. Andererseits braucht es auch ein bundesweites Angebot von Mentor\*innen, die zu Basisgruppen fahren und Skillsharing betreiben.

## **7. Kommunikation mit der Basis**

Die Kommunikation der Bundesebene mit den Basisgruppen muss sich unabhängig machen von der Kommunikation über die Landesverbände. Es braucht eine direkte Kommunikationsplattform für die Basisgruppen und den BSPR, beispielsweise über Messengerdienste (auf keinen Fall über E-Mail, Facebook oder andere Dienste, die kaum wirklich junge Menschen noch nutzen). So können Kampagnen besser im Verband verbreitet werden und die Landesebenen gewinnen Ressourcen, um an eigenen landesspezifischen Projekten zu arbeiten, statt Flüsterpost zwischen Bundesebene und Basis zu spielen.

## **8. Bündnispolitik und Arbeit mit anderen Partei-Jugenden**

Bündnispolitik muss darauf ausgerichtet sein, gemeinsam gesellschaftliche Diskussionen nach links zu rücken, öffentlichen Einfluss zu nehmen und gemeinsam für politische Projekte wesentlich mehr Ressourcen zu mobilisieren, als wir das allein könnten. Um das zu erreichen, dürfen wir unsere Bündnispolitik nicht allein auf linke Kleinststrukturen ausrichten,

sondern müssen versuchen, auch mit anderen großen Organisationen und Jugendverbänden in einen kontinuierlichen Austausch zu geraten.

## **9. Verhältnis zur Partei Die LINKE**

Die Partei ist für uns Partnerin im gemeinsamen Kampf und sie muss bei uns eine starke Jugendorganisation finden, die sich bspw. auch in Wahlkämpfen als handlungsfähig erweist. Unser Ziel ist es, in der Partei stärker aufzutreten und so auch der Partei klarzumachen, dass sie gut daran täte, Jugendstrukturen stärker zu unterstützen.

## **10. Militanz und Verantwortung**

Unser Ziel darf es nicht sein, schon klar links politisierte Menschen im Konkurrenzkampf mit anderen linken Gruppen zu gewinnen, sondern, neue Menschen nach links zu politisieren. Deshalb ist es strategisch unklug, nach außen durch Militanz und Verbalradikalismus aufzufallen, da wir so potentiell erreichbare Menschen abschrecken und nur die eigene Szene erreichen. Das heißt keinesfalls, auf klare und auch provokante Öffentlichkeitsarbeit zu verzichten, im Gegenteil ist diese potentiell sinnvoll, um gesellschaftliche Diskurse nach links zu verschieben. Dies funktioniert aber nur, wenn es eine strategische Analyse gibt, was oder wen man damit auf welchem Weg erreichen will. Militanz als Selbstzweck dient nur dem Ziel, sich selbst für besonders krass zu halten, und sollte überwunden werden.

### **Bewegung, Betrieb, Gewerkschaft, Parlament – Von der Priorisierung unserer Arbeitsfelder**

Wenn wir uns fragen, wie die gesellschaftliche Linke im Zuge der Krise des Neoliberalismus und dem Erstarken der globalen Rechten in die Offensive kommen kann, müssen wir uns fragen, wieso die Linke in der Gesellschaft nach wie vor so isoliert ist. Ein wichtiger Punkt bei der Analyse des Erstarkens der Rechten ist folgendes: Die Bevölkerung Ungarns, Deutschlands, Frankreichs oder Polens ist nicht von heute auf morgen zu einem Großteil faschistisch worden. Wenn man an diese Frage materialistisch herangeht, und nicht idealistisch, wie auch viele Linke das tun, erkennt man schnell die Widersprüche dieser vereinfachten Denkweise. Ein nach dem Selbstbild sozialistischer Jugendverband hat sich selbst die Aufgabe auferlegt, mit den Werkzeugen von Marx, Engels und ihren Erb\*innen die gegebenen Umstände zu analysieren und daraus Schlüsse zu ziehen. So kann man das Erstarken der Rechten von Staat zu Staat an vielen Faktoren begründen, meist ist die ökonomische Ungerechtigkeit aber die Grundlage. In den letzten Jahren konnten wir in vielen Ländern eine politische Polarisierung in der Bevölkerung beobachten. So kann man nicht von einem allgemeinen Rechtsruck sprechen, da auch linke Ideen immer wieder ihren Weg in den öffentlichen Diskurs fanden und z.B. zu großen antirassistischen Bewegungen führten. Auch Rassismus ist ein dialektisches Gebilde, dass seine Begründung (und auch seine Widersprüche) in den Lebensumständen der Gesellschaft findet. Wer den Rassismus bekämpfen will, muss jede Ungerechtigkeit im Kapitalismus bekämpfen, und zwar durch gemeinsame Kämpfe von Menschen mit

gemeinsamen sozialen Interessen. Diese Kämpfe zu vereinen und voranzutreiben sollte die Hauptaufgabe der Gewerkschaften sein.

### **Die Linksjugend [´solid] muss die Arbeiter\*innenklasse erreichen**

- Als Jugendverband vorrangig die jugendlichen Arbeiter\*innen und Azubis. Gemeinsam mit ihnen möchten wir Verbesserungen ihrer Lebensstandards erreichen und mit ihnen für die Überwindung des Kapitalismus kämpfen, denn sie sind der historische, gegenwärtige und zukünftige Hebel für Veränderung
- Im Betrieb, auf der Straße, weltweit. Das Parlament ist für Sozialist\*innen nicht mehr als eine Bühne für den Klassenkampf
- Für die Kämpfe also, die auf der Straße und in den Unternehmen ausgefochten werden. Dort muss unsere Priorität liegen. Identitätspolitische Kampagnen und solche, die sich gegen das Bewusstsein der Bevölkerung richten (Wie das organisierte Abreißen von Deutschlandflaggen an Autos während einer WM z.B.), sind selten nützlich und häufig schädlich, nicht nur für den Verband, sondern auch für die gesamtgesellschaftliche Linke.

### **Gewerkschaften zu Kampforganen**

Die größten Kampforganisationen der Arbeiter\*innenklasse sind die Gewerkschaften. In vielen Großbetrieben herrscht eine sehr hohe Organisationsquote, die grade in der Industrie häufig an der 100% kratzt. Die Arbeiter\*innen und Azubis sind also in vielen Bereichen bereits organisiert

- Im allgemeinen haben wir in den letzten Jahrzehnten allerdings einen starken Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades gesehen, was vorrangig mit der Anbiederungen der Führungen an das Kapital und den damit

verbundenen Taktiken der Sozialpartnerschaft und des Co- Managements zu erklären ist. Die Führungen der Gewerkschaften sind aktuell fast einheitlich in den Händen einiger hochbezahlter Gewerkschaftssekretäri\*innen, Sozialdemokrat\*innen und Wirtschaftler\*innen. So sieht auch ihre Arbeit aus: Über ein paar Prozent mehr Lohn, die meist nicht einmal die Inflation ausgleichen, gehen Tarifeinverständigungen meist nicht hinaus. Oftmals werden diese Verbesserungen dann später, in Zeiten wirtschaftlicher Krise, wieder rückgängig gemacht. Die Gewerkschaftsbürokratie geht oft Hand in Hand mit der Wirtschaft und den Vertreter\*innen des Kapitals – und sorgen so für gegenseitigen Vorteil von ein paar Reichen. Das ist eines der größten Probleme der heutigen Arbeiter\*innenbewegung!

Zum Charakter der Gewerkschaften und ihrem Potenzial für die Arbeiter\*innenklasse sagte Leo Trotzki, seines Zeichens russischer Revolutionär und Mitorganisator der Oktoberrevolution, 1940 in einem Artikel für die Zeitschrift „Fourth International“ mit dem Titel „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ folgendes: „Sie (Die Gewerkschaften, Anm. d. Verf.) können nicht mehr anarchistisch sein, das heißt, den entscheidenden Einfluss des Staates auf das Leben von Völkern und Klassen ignorieren. Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften unserer Zeit können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“

## **Zusammen gegen den Kapitalismus und seine Vertreter\*innen**

Sozialist\*innen und mit ihr die Arbeiter\*innenklasse stehen vor der schwierigen Aufgabe, mit ihren Mitteln diese starren Strukturen aufzubrechen und die Gewerkschaften von Helfern des Kapitals zu Kampforganisationen des Proletariats zu machen. Dazu ist es notwendig, kämpferische Oppositionen in den Gewerkschaften aufzubauen und die Arbeiter\*innen zu erreichen, die von den immer wieder enttäuschenden Ergebnissen und ausbleibenden Streiks genug haben. Es genügt für die eigene Gewerkschaftsarbeit nicht, ab und zu politische Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaftsjugenden zu finden, die Vernetzung muss darüber hinaus gehen und sich genau dieser Aufgabe annehmen – Den Aufbau linker Oppositionen in den Gewerkschaften und den Betrieben. Also auch das Gewinnen junger Gewerkschafter\*innen für ein sozialistisches Programm. Denn nur so wird es uns möglich sein, nicht nur quantitativ zu wachsen, sondern auch an künftige Arbeitskämpfe mitzuwirken, streikbereite Bereiche zu vernetzen und eine kämpferische, solidarische Gesellschaft zu gestalten.

Einzelne Basisgruppen haben sowohl die Möglichkeit, sich mit bundesweiten Streiks und Arbeiter\*innenprotesten zu solidarisieren, als auch direkte Solidaritäts- und Kampagnenarbeit in ihren Orten zu machen, wo es Sinn macht. In vielen Orten, wo Genoss\*innen von uns aktiv sind, gibt es große und kleine Betriebe, in denen es regelmäßig zu Arbeitskämpfen kommt. In den nächsten Monaten werden wir, bedingt durch die Krise, eine regelrechte Welle von Betriebsschließungen, Kürzungen und Entlassungen sehen, die Kämpfe auslösen werden – In der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften



und ihren Jugendverbänden vor Ort kann die Linksjugend sich solidarisch zeigen und ein sozialistisches Programm aufwerfen.

### **Wie wir eine sozialistische Demokratie erkämpfen – Weg vom Irrweg der Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien**

Um in der kommenden Krise als Alternative wahrgenommen zu werden, müssen wir eine klare Position gegen Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen Parteien einnehmen. Die sozialdemokratische Vorstellung, dass eine Koalition mit SPD und/oder Grünen eine Errungenschaft wäre, ist schon lange in der linksjugend [‘solid] verankert. In letzter Zeit wird die Linie, zu welchem Preis dies geschehen soll immer weiter nach rechts verschoben. Die Landtagswahl in Thüringen zeigt das. Selbst Bodo Ramelows Wahl eines AfD-Mitglieds zum stellvertretenden Landtags-Präsidenten wurde innerhalb unseres Verbandes nicht klar verurteilt, noch wurde anerkannt, wie sehr das zeigt, dass DIE LINKE in Thüringen bereits zum Establishment gehört. Bodo Ramelow selbst rechtfertigte sein Handeln mit einer demokratischen Verpflichtung gegenüber der AfD, und dass, obwohl er zuvor stets die Notwendigkeit eines Zusammenhalts aller „demokratischen“ Parteien gegen die AfD ins Feld führte und dafür sogar zur Zusammenarbeit mit der CDU bereit war. Wir haben keinerlei demokratischen Verpflichtungen gegenüber Rassitist\*innen, Sexist\*innen und Neoliberalen. Sei es in AfD oder einer der etablierten Parteien.

Aber was bedeutet Demokratie für uns und welches Verständnis von Demokratie haben wir? Wie erreichen wir die Demokratie, für die wir kämpfen? Was bedeutet das für unseren Umgang mit den bürgerlichen Parteien von Grüne bis Union? Welche Strategie gilt es zu verfolgen, um einen effektiven Kampf gegen Rechts und für bessere Lebensumstände aller zu führen?

### **Das bürgerliche Demokratieverständnis**

Wenn bürgerliche Parteien von Demokratie reden, reden sie von einer bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie, die die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse schützt. Die Wirtschaft ist unter der Kontrolle einer kleinen kapitalistischen Minderheit, Arbeiter\*innen schaffen den Reichtum der Kapitalist\*innen, durch Konkurrenz und Profitlogik kommt es zu einer enormen Überproduktion, bei gleichzeitiger Vernichtung von Gütern, während die Unterdrückten um Arbeitsplätze konkurrieren, sich kaputt schuften und Hunger leiden. Aber auch in anderen Bereichen sind die Mitbestimmungsmöglichkeiten äußerst begrenzt: Einmal alle paar Jahre wird gewählt, weite Teile der Bevölkerung sind von Wahlen ausgeschlossen (seien es Nicht-Staatsbürger\*innen oder Minderjährige), der Zugang zu politischer Bildung steht nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zur Verfügung. Alle bürgerlichen Parteien von Grüne bis CDU unterstützen diese Politik. Sie stehen, nicht anders als die AfD, auf der Seite des Kapitals.

Ihre Politik wird stets eine Politik sein, die die Herrschenden schützt. In Zeiten der Krise, wie sie kommen, bedeutet das vor allem, dass die Arbeiter\*innenklasse für die Krise zahlen muss. Wenn sich Klassengegensätze zuspitzen und es vermehrt zu Protesten kommt, bedeutet es auch, dass Angriffe auf demokratische Freiheiten vorgenommen werden. Auch verläuft keine scharfe Linie zwischen AfD und anderen bürgerlichen Parteien. Die AfD mag rassistischer und sexistischer, als die anderen Parteien sein, aber auch die etablierten Parteien sind rassistisch und sexistisch. So sind sie für das Abschieben von Geflüchteten in Kriegsgebiete verantwortlich, verkaufen Waffen, führen Kriege und diskriminieren Frauen und queere Menschen in verschiedensten Bereichen, sei es am Arbeitsplatz oder beim Thema Abtreibungen.

### **Wie sollte unsere Form der Demokratie aussehen?**

Unser Anspruch darf es nicht sein, dieses System zu verteidigen. Unser Ziel muss eine sozialistische Demokratie mit einer demokratisch geplanten Wirtschaft sein. Erst dann hat die arbeitende Bevölkerung Kontrolle über die grundlegendsten, lebensnotwendigen Dinge.

### **Unsere Strategie im Kapitalismus**

Heißt das also, dass wir nicht gegen den Abbau demokratischer Rechte oder gegen andere Verschlechterungen innerhalb einer bürgerlichen

Demokratie kämpfen sollten? Das heißt es natürlich nicht. Aber auch dabei dürfen wir uns nicht auf bürgerliche Parteien verlassen. Unsere Verbündeten finden wir nur in unserer Klasse. Statt DIE LINKE zur Verwalterin der kapitalistischen Umstände zu machen, muss sie Alternativen aufzeigen, aber sich auch konkret für die Verbesserung der Lebensumstände der Arbeiter\*innenklasse einsetzen. Das gelingt nicht in einer Regierung mit pro-kapitalistischen Parteien, wie sich vielfach gezeigt hat. Überall, wo sie an der Regierung ist, setzt auch DIE LINKE die Politik der etablierten Parteien und damit der herrschenden Klasse um. Das gleichzeitige Ausbleiben von grundlegenden Verbesserungen oder gar Verschlechterungen für die Arbeiter\*innen untergräbt das erkämpfte Vertrauen in DIE LINKE, was sich auch in den meisten Bundesländern in den Ergebnissen niederschlägt. Dass Thüringen hier die einzige Ausnahme darstellt, liegt nur daran, dass die Angst vor der AfD in allen Bundesländern die Regierungspartei gestärkt hat. Bodo Ramelow's seltsames Demokratieverständnis dürfte aber auch einige dieser Wähler\*innen wieder abgeschreckt haben. Unsere parlamentarische Arbeit ist wichtig. Sie dient uns dazu, Informationen zu erhalten und unsere politischen Positionen publik zu machen. Am wichtigsten ist es aber, dass wir in den Parlamenten ein Sprachrohr für Bewegungen, Gewerkschaften und die Arbeiter\*innenklasse im Allgemeinen sein können. Durch Druck auf der Straße und eine starke Linke in den Parlamenten lassen sich bereits im Hier und Jetzt

Verbesserungen erkämpfen. Dafür müssen wir aber konsequent in Opposition zum Kapitalismus und seinen Verwaltungsinstrumenten stehen. Um zu gewährleisten, dass unsere Parlamentsabgeordneten den Bezug zur Arbeiter\*innenklasse nicht verlieren und ihre Kämpfe ernst nehmen, sollten sie nicht mehr als einen durchschnittlichen Arbeiter\*innenlohn von ihrem Gehalt behalten dürfen. Der Rest muss zum Auf- und Ausbau der Partei DIE LINKE und der linksjugend [‘solid] oder für Gewerkschaften, Bewegungen oder soziale Projekte verwendet werden. Auch müssen die Fraktionen der Mitgliedschaft gegenüber der Mitgliedschaft verpflichtet sein und jederzeit abgewählt werden können. Unser Schwerpunkt jedoch muss auf der Straße liegen. Wenn wir uns darauf konzentrieren, Streiks und Proteste zu unterstützen und selbst zu organisieren, können wir Druck auf die Regierung aufbauen sowie Vertrauen unter den Arbeiter\*innen stärken und sie für ein sozialistisches Programm zu gewinnen. Das sind die Voraussetzungen, um eine neue Arbeiter\*innenpartei aufzubauen.

BG Erlangen

**Für eine antikapitalistische und sozialistische Linksjugend[‘solid]**

**"Lernen, lernen und nochmals lernen..." - Lenin**

In unserem Verband gibt es mittlerweile klare (Wissens-) Hierarchiestrukturen. Um diese sinnvoll reduzieren zu können, sollte es deutlich mehr gut zugängliche Bildungsangebote für Mitglieder und Sympathisant\_innen geben. Außerdem muss die Arbeit der Gremien transparenter werden: Berichte (und ggf. auch Protokolle) sollten zügig und unaufgefordert an die Mitgliedschaft versandt werden.

Es müssen zusätzlich zu Veranstaltungen auch Online-Bildungsangebote geschaffen werden, unter anderem Podcasts, Diskussionsforen und Lesekreise.

Zusätzlich sollten Tagespolitische Debatten im Jugendverband stärker in den Fokus gerückt werden. So können linke Perspektiven auf aktuelle Themen besser ausgetauscht und verbreitet werden. Diese Angebote sollten so weit wie es geht dezentral organisiert werden, damit so viele Menschen wie möglich teilnehmen können.

Diese Bildungsangebote sollten nicht nur nach innen, sondern auch nach außen gerichtet werden, um linke Sichtweisen mehr in die Bevölkerung zu tragen.

Diese Angebote sollten sich unter anderem auch darauf beziehen, wie Organisierung und Organisation funktionieren kann.

**"Das einzige Gewaltmittel, das zum Sieg führen wird, ist die politische Aufklärung im alltäglichen Kampf." - Luxemburg**

Die Debatten im Jugendverband müssen verstärkt bundesweit ausgetragen werden. Dafür braucht es bessere bundesweite Kommunikation, sowie eine konstruktive Debattenkultur und eine gute Einbindung der Basis.

Diese Vernetzung ist auch notwendig, um wirksame Kampagnen auf dem gesamten Bundesgebiet zu fahren. Dabei zählt weniger die Quantität als die Qualität. Qualitative Kampagnen sind solche, die auch in nicht organisierten Teilen der arbeitenden Klasse ankommen (sollen).

Außerdem wird dadurch eine konstruktive Gestaltung und Absprache von Interventionen in Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen ermöglicht. Unsere Ziele dabei sollten sein: Eine feste Verankerung in selbigen, das Einbringen von linken Inhalten und Sichtweisen, als auch die hilfreiche Unterstützung der Aktiven durch die linksjugend solid und die Entwicklung von Klassenbewusstsein. Da gerade in diesem Spektrum einige Teile der arbeitenden Klasse organisiert sind, muss sich auf diese Arbeit stärker konzentriert werden.

**"Die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische „linke“ Losungen von ihnen abzusondern." - Lenin**



Der Doppelcharakter unseres Verbandes besteht darin, einerseits besonders aktive Mitglieder zu fördern und andererseits in die Massen wirken zu wollen. Um in der gesamten Bevölkerung agitieren zu können, ist eine bessere, effektivere Öffentlichkeitsarbeit unabdingbar. Diese brauchen wir in jeglichen Bereichen, also sowohl in sozialen Netzwerken, als auch in direktem Kontakt mit den Menschen.

So müssen wir Mitmachangebote für nicht organisierte, noch-nicht-linke und wenig aktive Menschen schaffen. Bei diesen Angeboten sollten sogenannte Mehrheits-, als auch Minderheitsinteressen immer mit Klassencharakter thematisiert werden. Da wir momentan Defizite bei Themen feststellen, bei denen das gemeinsame Interesse der arbeitenden Klasse im Vordergrund steht, müssen wir solche wieder deutlich für unsere Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Beispiele sind die Themenfelder Wohnen, Arbeitskampf und Schule. In den Schulen können wir besonders das Thema Bildungsungleichheit ansprechen, von der bekanntermaßen viele Schüler\_innen betroffen sind.

**„Die [durch Bernstein] theoretisch formulierte opportunistische Strömung in der Partei ist nichts anderes, als eine unbewußte Bestrebung, den zur Partei herübergekommenen kleinbürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele der Partei umzumodeln“ - Rosa Luxemburg**

Statt begeisterter Teil eines "Mitte-Links-Blocks" zu sein, ist es wichtig, unser Profil zu stärken, indem wir eigene Standpunkte in den Vordergrund stellen. Dafür soll Kooperation nur angestrebt werden, wenn sie notwendig,

unvermeidbar oder inhaltlich sinnvoll ist. Ansonsten halten wir die Abgrenzung des Jugendverbands von bürgerlichen Verbänden für zwingend nötig. Unserer politischen Beschlusslage müssen wir treu bleiben. Die opportunistischen Bestrebungen den Verband zu sozial- demokratisieren lehnen wir ab. Wenn wir uns als linksradikal begreifen sollten wir auch entsprechend handeln und nicht nur radikal daherreden. Wir erwarten von unseren Funktionär\_innen, dass Wort und Tat miteinander übereinstimmen.

**"Alle Arbeiter sind Brüder, und ihr fester Bund ist die ganze Gewähr für das Wohl und das Glück der ganzen Werktätigen und unterdrückten Menschheit." - Lenin**

Es besteht ein klares Defizit in der Kommunikation und Kooperation mit der migrantischen Bevölkerung. Wir gelten für sie nicht als Anlaufstelle für politische Aktivität. Das muss geändert werden. Die uns verbindenden Klasseninteressen machen ein enges Verhältnis und funktionierende Zusammenarbeit essenziell. Die internationale Arbeiter\_innenschaft sollte sich nicht an Grenzen und Nationalitäten spalten. Nur eine zusammen kämpfende Klasse kann sich im Klassenkampf behaupten und gegen das Kapital durchsetzen.

**"Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung." - Luxemburg**

Eine hohe Notwendigkeit besteht darin, Kritik an der Partei und ihrem außer, sowie innerparlamentarischen Verhalten zu üben. Besonders Regierungsbildungen mit prokapitalistischen Parteien sind abzulehnen. Bei (existierenden) Regierungsbeteiligungen der LINKEN muss der Koalitionsausstieg stets eine Option sein, sollten die roten Haltelinien des Erfurter Programms überschritten werden. Dies muss an die Partei herangebracht und entsprechende Erwartungen ausgesprochen werden.

Das Verhältnis zwischen Partei und Jugendverband soll ein Agieren auf Augenhöhe sein, in dem die besondere Beziehung in konstruktiver Kritik, gegenseitigem Austausch und kollegialer Hilfe ihren Ausdruck findet. Der Jugendverband hat es auch als Aufgabe, mit der außerparlamentarischen Linken für gemeinsame Ziele zu kämpfen.

### **"Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" - Liebknecht**

Im Jugendverband sollten wenig zielführende Diskussionen über Regionen, in denen wir, allein aufgrund der räumlichen Distanz keinen Einfluss haben nicht provoziert, sondern besser über die Überwindung des Kapitalismus im eigenen Umfeld diskutiert werden. Denn es ist notwendig, sich auf realpolitische Konflikte zu konzentrieren und verbindende Interessen anzusprechen.

Spaltende Themen immer wieder durchzukauen, festgefahrene Rivalitäten und Provokationen verhindern eine konstruktive Debattenkultur und eine wirksame politische Arbeit.

LV RLP

## **Für eine sozialistische Offensive von Links im Kampf gegen Rechts**

Als linksjugend [solid] Rheinland-Pfalz haben wir als Antwort auf den geplanten „Tag der deutschen Zukunft“ dieses Jahr in Worms auf unserer Winter LMV eine Gegenkampagne beschlossen. Des Weiteren haben wir unsere Grundlagen für den Kampf gegen Rechts diskutiert und in einem Antrag festgehalten. Im Zuge der Strategiedebatte wollen wir, die dort festgehaltenen Positionen und unsere Erfahrungen nun in einem Beitrag mit einfließen lassen.

Die Grundlage für unsere Kampagne soll ein Flyer mit dem beschlossenen Aufruf und eine Reihe von Sticker bilden, die im Zuge der Kampagne von allen BGs verteilt werden sollen. Mit diesem Aufruf stellen wir klar, dass die Faschist\*innen mit ihrer Hetze die Ursachen von sozialen Missständen auf Minderheiten zu schieben, und so die wahren Ursachen und Spaltungslinien innerhalb des Kapitalismus zu verwischen versuchen. Diese Spaltung schadet dem gemeinsamen Kampf der Arbeiter\*innenklasse und muss von einem sozialistischen Jugendverband aufgedeckt und überwunden werden.

Wir denken, dass dieser Aspekt sehr wichtig ist. Im Kampf gegen Rechts können wir uns nicht auf einfache Parolen wie „Nazis sind scheiße“ verlassen, die nicht in der Lage sind breitere Teile der Bevölkerung zu erreichen und aufzuzeigen, dass die Faschist\*innen aktiv gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung handeln. Um den Kampf gegen Rechts langfristig erfolgreich zu führen, müssen wir weite Teile der Bevölkerung in den Kampf miteinbeziehen und uns nicht auf interne Szenemobilisierungen verlassen.

Damit dies gelingt muss der Kampf gegen Rechts auch immer mit dem Kampf für soziale Verbesserungen für alle verknüpft werden und eine deutliche sozialistische Alternative zum kapitalistischen System aufzeigen.

Wir müssen zeigen, dass der Kapitalismus der Ursprung von Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und dem Elend in der Welt ist und erklären wie wir den Kapitalismus überwinden können und wie eine alternative sozialistische Gesellschaft, die momentan vorherrschenden Probleme lösen würde. Das heißt also auch nicht nur Nazis und die AfD zu bekämpfen, sondern auch die etablierten, bürgerlichen Parteien von CDU bis Grüne für ihre arbeiter\*innenfeindliche und unsoziale Politik zu kritisieren und uns gegen diese stellen. Gerade im Kampf gegen Recht dürfen wir nicht unsere fundamentalen Positionen aufgeben und prinzipienlose Bündnisse eingehen mit prokapitalistischen Parteien und Gruppen. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns nicht an Aktionen gegen Naziaufmärschen beteiligen, an denen auch SPD, Grüne usw. teilnehmen, aber dass wir stets erklären, dass es nie einen Kapitalismus ohne Faschismus oder Rassismus geben wird und auf inhaltliche Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien verzichten.

Bei der Mobilisierung gegen Rechts sollten wir stärker auf die Arbeiter\*innenklasse und die Gewerkschaften setzen, statt auf die bürgerlichen Parteien. Mit seinen 6 Millionen Mitgliedern ist der DGB einer der stärksten Arbeiter\*innenorganisation unserer Zeit. Gerade in Auseinandersetzung wie Streiks in Betrieben wird klar, dass Rassismus der Arbeiter\*innenklasse nur schadet. Dazu müssen wir aber auch fordern, dass die Gewerkschaftsführung mit dem Standortnationalismus bricht und uns dafür einsetzen, dass der DGB Aufklärungskampagnen in Betrieben und

Berufsschulen durchführt. Von alleine wird die Führung dies natürlich nicht machen. Daher ist es wichtig, dass wir vermehrt Aktionen an Berufsschulen und Betrieben machen sowie Streiks unterstützen um Kontakte zu den Kolleg\*innen und der Gewerkschaftsbasis aufzubauen.

Außerdem müssen wir vor allem die lokale Bevölkerung mobilisiert werden, wo immer faschistische Organisationen und Rassist\*innen auftauchen. Oftmals wird dies bei antifaschistischen Protesten massiv vernachlässigt, was dazu führt, dass die lokale Bevölkerung sich den Protesten nicht anschließt und manchmal die Gegendemonstrant\*innen sogar mit den Rechten gleichsetzt. Nur wenn auch massiver Widerstand aus der lokalen Bevölkerung kommt, haben wir eine Chance, dass die Rechten keinen Fuß fassen können. Das ist natürlich nicht leicht, aber entscheidend, um einen dauerhaften Widerstand aufzubauen. Dafür braucht die linksjugend ['solid] mehr Material und Kampagnen.

Des Weiteren sollten wir erklären, dass die bürgerlichen Parteien auch dazu beigetragen haben, dass die AfD und andere rechte Kräfte , so stark werden konnten. Die herrschenden Politiker\*innen schüren schon lange einen gesellschaftlichen Rassismus in Talkshows, in der Presse usw., dies hat es ihnen ermöglicht ihre Gesetze im Interesse der Konzerne leichter durchzusetzen, denn wenn wir gespalten sind ist auch der Widerstand halb so stark. Die AfD schlägt nun nur noch weiter in dieselbe Kerbe und spaltet die arbeitende Bevölkerung noch weiter. Aber auch die neoliberale Politik, die in den letzten Jahrzehnten getrieben wurde und eine LINKE, die sich nicht als klare Opposition dazu gezeigt hat, hat dazu geführt, dass viele Menschen Alternativen gesucht haben und in die Arme der Rechten getrieben wurden.

Diese Ideen versuchen wir auch im Rahmen unsere Kampagne umzusetzen. Dazu wollen wir versuchen gezielt Verteilaktionen vor Berufsschulen und Betrieben und Infostände durchzuführen um unsere Positionen möglichst breit zu verbreiten. In möglichst vielen lokalen Basisgruppen sollen Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt werden, um einerseits gegen die Faschist\*innen zu mobilisieren, aber uns auch theoretisch zu schärfen, was genau Faschismus ist, wie er bekämpft werden kann und wie wir ihm und dem Kapitalismus eine sozialistische Alternative entgegenstellen können. Wir denken, dass die linksjugend ['solid] auf Bundesebene ähnlich agieren sollte. In der Vergangenheit hatten wir natürlich schon öfters Kampagnen, dennoch waren, diese oft lose organisiert und es fehlte an inhaltlicher Schärfe. Oft schloss sich die linksjugend einfach bundesweiten Bündnissen an und es fehlte an eigenen Inhalten und Initiativen. Wir müssen als Jugendverband stärker mit eigenen Materialien, Veranstaltungen und Aktionen in Erscheinung treten und unser politisches Profil schärfen.

Auch abseits von Kampagnen sollte der Bundesverband öfters Texte und Analysen zum Kampf gegen Rechts veröffentlichen. In der letzten Zeit findet sich auf der Website kaum was zu dem Thema. Dazu sollten vermehrt lokale bundesweit beworben werden.

Natürlich ist mittlerweile unklar, ob der TddZ überhaupt stattfinden wird, dennoch halten wir eine grundsätzliche Debatte darüber wie der Kampf gegen Rechts aus Sicht eines sozialistischen Jugendverbandes geführt werden sollte für notwendig und hoffen hiermit einen Beitrag leisten zu können.

## BG Mainz

Die aktuelle Lage ist für immer mehr Menschen von Unsicherheit und Existenzängsten geprägt. Viele sind enttäuscht von der etablierten Politik und suchen nach Alternativen. Davon können teilweise auch rechte Kräfte profitieren, indem sie gegen das alte politische Establishment wettern und verdecken, dass sie auch Politik gegen die lohnabhängige Bevölkerung machen. Sie schüren Rassismus, um davon abzulenken, dass die aktuelle Krise eine Krise des Kapitalismus ist. Als sozialistischer Jugendverband müssen wir das benennen und enttäuschte, anpolitisierte Arbeiter\*innen für uns gewinnen und organisieren. Dazu müssen wir in aktuelle Kämpfe intervenieren, diese unterstützen und, wo notwendig, kritisieren.

Eine dieser Debatten ist der Kampf für bezahlbaren Wohnraum. Wir, als Basisgruppe Mainz, haben daher in den letzten Wochen eine Kampagne mit dem Thema „Wohnen für Menschen statt für Profite! Für die Enteignung der großen Wohnungskonzerne, niedrige Mieten und ein öffentliches Wohnungsbauprogramm“ organisiert. Der Höhepunkt dieser sollte eine Kundgebung in Mainz zum bundesweiten "Housing Action Day" am 28. März sein, welcher aufgrund der Corona-Pandemie verschoben wurde. Für die Mietenkampagne haben wir einen Flyer erstellt und 10.000 davon in verschiedenen Stadtteilen verteilt.[1] Außerdem gab es Infostände, welche auch dafür genutzt wurden, um mit neuen Menschen ins Gespräch zu kommen. Unsere Kampagne erhielt viel Zustimmung. Darüberhinaus haben wir Schilder und Buttons gebastelt, um einerseits mehr Genoss\*innen in die Arbeit mit einzubeziehen und unsere Forderungen auf verschiedene Weise zu verbreiten.



Nachdem die Demo abgesagt wurde, haben wir uns entschieden eine Online Aktionen durchzuführen. Zum einen haben wir Fotos von Mitgliedern aus mehreren Basisgruppen sowie uns nahestehenden Personen und einem Schild mit einer Erklärung, warum sie am 28. März auf die Straße gegangen wären, auf unseren Social-Media-Kanälen hochgeladen. Manche haben auch einen längeren Text zu ihrem Beitrag geschrieben. Die Redebeiträge, welche sonst auf der Kundgebung gehalten worden wären, haben wir aufgenommen und hochgeladen.

Durch die Corona-Pandemie wurden wir in unseren Möglichkeiten Außenarbeit zu leisten massiv eingeschränkt. Wir waren aber dennoch der Meinung, dass sich die Umstände durch die Pandemie an vielen Stellen verschärft hat. Nur etwa eine Woche nach der Kontaktsperre kündigte die städtische Wohnbau Mieterhöhungen an. Diese konnte jedoch erstmals verhindert werden, dank Druck von der Linksfraktion im Stadtrat. Weitere Mieterhöhungen anderer Immobilienkonzerne folgten dennoch. Hierzu haben wir eine Stellungnahme verfasst und veröffentlicht. Diese Stellungnahme wollen wir als Flyer auch an die Betroffenen verteilen.

Gleichzeitig sahen wir wie große Konzerne, wie H&M und Adidas, die Miete für ihre Läden verweigern, Obdachlose und Geflüchtete in überfüllten Unterkünften dem Virus schutzlos ausgeliefert sind und die Gewalt an Frauen durch die Kontaktsperre zunimmt.

Diese krasse Situation zeigt umso deutlicher die Mängel des Kapitalismus und fordert von uns eine klare Antwort. Online Aktionen, wie wir sie durchführten, sollten auch vom Bundesverband und in allen Basisgruppen organisiert werden, dürfen dabei aber nicht allein stehen bleiben. Auch während des

Kontaktverbotes ist es möglich Flyer zu verteilen oder Plakate aufzuhängen, die Antworten auf die Wohnungsfrage und die Krise geben. Wir brauchen deutlich größere Kampagnen des gesamten Jugendverbandes mit Materialien wie Flyern, Stickern, Buttons, etc. welche sozialistische Antworten auf hohe Mieten und Wohnungsnot geben.

Auch der Beschluss "Wohnen darf kein Luxus sein!" des letzten Bundeskongresses hat sich mit diesem Thema befasst. Grundsätzlich begrüßen wir die Richtung des Antrages, obwohl die Forderungen unserer Meinung nach viel zu lasch und unkonkret sind. Wenn wir einen „öffentlich-gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand unter demokratischer Kontrolle“ fordern, müssen wir auch genau sagen, was wir unter demokratischer Kontrolle verstehen. Als Basisgruppe haben wir deswegen die Forderung nach der „Überführung von Wohnraum und Bauland in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die lohnabhängige Bevölkerung“ aufgestellt. In Reden und Gesprächen haben wir erklärt, dass dies durch Räte bestehend aus gewählten Vertreter\*innen der Mieter\*innen, der Gewerkschaften und des Staates funktionieren kann. Aber auch die Forderung nach Mieter\*innenbeiräten als Art Betriebsrat für Mieter\*innen finden wir falsch. Die Interessen der Mieter\*innen und der Immobilienbesitzer\*innen können nicht gleichzeitig umgesetzt werden und wir sollten klarstellen, dass wir konsequent für die Interessen der Mieter\*innen eintreten. Eine Art Sozialpartnerschaft zwischen Vermieter\*innen und Mieter\*innen sollten wir nicht unterstützen, da sie zu einem Machtinstrument der Vermieter\*innen werden können, wie jetzt schon Betriebsräte die Interessen der Bosse etwa bei Kündigungen durchsetzen mit

der scheinbaren Legitimation der Belegschaft. Es muss klargestellt werden, dass mit Profitlogik und Privateigentum gebrochen werden muss und wir eine sozialistische Demokratie brauchen, um die Mietenfrage zu lösen. Die Forderung nach der Enteignung der großen Immobilienkonzerne und die .berführung in die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung muss deshalb viel prominenter nach vorne gestellt werden.

Zuletzt denken wir, dass es wichtig ist, bundesweite Kampagnen durchzuführen, wie wir es in Mainz getan haben, um als linksjugend ['solid] unsere Positionen offensiv in die Bevölkerung zu tragen, statt Bewegungen nur hinterherzurennen. Hierzu wäre es auch wichtig im größeren Umfang auf die Gewerkschaften und die organisierten Kolleg\*innen zuzugehen. Wir wissen, dass diese Arbeit mühsam und oft frustrierend ist. Langfristig kommen wir allerdings nicht drumherum, denn der DGB stellt heutzutage mit seinen fast 6 Millionen Mitgliedern eine der größten Arbeiter\*innenorganisationen dar und hat damit eine enorme politische Macht.

## BG Hamm I

### **Antirassismus – ein gemeinsamer Kampf**

Ob auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, der Schule, Hochschule oder in der Ausbildung. Rassismus ist nicht nur ein historisches Merkmal der Klassengesellschaft, sondern noch immer Tatsache für die von Rassismus betroffenen Teile der Arbeiter\*innenklasse dieses und der imperialistisch unterdrückten Völker anderer Länder. (Angebliche) Migrant\*innen werden häufiger Polizeikontrollen unterzogen; andersaussehenden wird der Zugang zu günstigem Wohnraum besonders erschwert; in der Schule wird die Sprache der jeweiligen „Randgruppe“, wie zum Beispiel Türken und Araber verboten und auf der Arbeit ist der „Ausländer“, wenn es nach dem Chef geht faul, aber willig und günstig.

### **Antimuslimischer Rassismus**

Durch Generalisierung und Stereotypen wird Muslim\*innen eine terroristische, sexistische und antisemitische Veranlagung oder Einstellung unterstellt und die eigene Gruppe wird so von der Fremden, „feindlichen“ Ideologie abgegrenzt. Die vorgeführten Beispiele von Gewalttat und Homophobie werden dann als Beispiel für fehlgeschlagene Integration in den Okzident und die „jüdisch-christliche Leitkultur“ (um vom europäischen Antisemitismus abzulenken) herangezogen. Die Spitze dieser rassistischen Anfeindungen mündet schließlich in Gewalttaten und Auslöschungsfantasien.

### **Rassismus in der linksjugend [‘solid]**

Nicht nur in der Gesellschaft nimmt der Rassismus immer weitere Teile des öffentlichen Diskurses ein. Denn auch in unserem, ihrem Verständnis nach antifaschistischen und sozialistischen, Jugendverband häufen sich über die letzten Jahre rassistische Anfeindungen und neokoloniale Positionen in Landes- und Bundesverband, die weitgehend konsequenzlos hingenommen werden. Der Landesarbeitskreis (LAK) sisypchos Thüringen hat den Jahrestag des islamistischen Anschlags auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ am 7. Januar zum Anlass genommen einen Karikatur-Wettbewerb zu starten, für den ihre Leser\*innen unter dem Motto „Nieder mit dem Islam“ Karikaturen des islamischen Propheten Mohammed einsenden sollten. Muslim\*innen in Deutschland, die jahrelang unter Diskriminierung leiden, treten laut dem Text als „weinerlicher Opferverein“ auf und dort wo der „Islam und ihre Vertreter“ die Mehrheit stellen würde ihre wahre Gestalt von machtgeilen Kindervergewaltigern zum Vorschein kommen. Bisher haben weder Landes- noch Bundesebene der linksjugend [solid] entsprechende Maßnahmen gegen diese Rechten in kaum sichtbarem Tarnmantel unternommen. Doch nicht nur Muslim\*innen werden Opfer rassistischer Anfeindungen in unserem Verband. So wird Uigur\*innen gerne mal eine natürliche Veranlagung zum Terrorismus vorgeworfen und damit auch direkt chinesische Folterlager gerechtfertigt. Vom Großteil des Verbandes werden derartige Aussagen weitestgehend toleriert.

### **Marxismus und Religion**

Als Marxist\*innen erkennen wir, dass Religion und Marxismus in gewissem Widerspruch zueinander stehen, da sich der Materialismus, auf dem der

Marxismus fußt nicht in Überweltliches und Klerikales flüchtet, sondern die Bedingungen des hier und jetzt betrachtet und daraus die Voraussetzungen für einen sozialistischen Wandel ableitet. Wir erkennen allerdings auch, dass das Entstehen von religiösen Ideen stets mit den sozialen und materiellen Grundlagen einer Person verbunden sind, weshalb unser Umgang mit religiösen Menschen, nicht Atheismus des Atheismus Willen sein sollte.

Reaktionäre religiöse Ideen finden in der Arbeiter\*innenklasse unter anderem deshalb Halt, weil die Stellung dieser Klasse im Konflikt mit der Kapitalist\*innenklasse die der unterdrückten ist. Prekäre Lebensbedingungen, wie Armut, Obdachlosigkeit aber auch Krieg und Verfolgung wie sie den Nahen Osten seit Jahren plagen bilden oft die Grundlage für Ideen, die sich in das Göttliche flüchten, wodurch der Weltliche, für durchschnittliche Arbeiter\*innen, ohnehin schwer erkennbare Klassengegensatz verdeckt oder verschwommen wird.

Diese Haltlosigkeit ist besonders verschärft für Angehörige einer zusätzlich unterdrückten religiösen Gruppe, wie die des Islams und des Judentums, welche vor allem in den letzten Jahren unter medialem und sozialem Angriff – in Deutschland und auch international – steht.

Sozialist\*innen sollten sich also zur Aufgabe stellen, diesen für die Arbeiter\*innenklasse noch nicht konkreten Klassenwiderspruch aufzuklären, um die Frage der Religion nicht auf eine Sache der Kultur(losigkeit) zu reduzieren, sondern dem Klassenkampf unterzuordnen. Dabei darf das Programm der Marxist\*innen zwar niemals durch religiöse Banalitäten verwischt werden, allerdings sollten religiösen Menschen nicht von

Verbandsstrukturen ausgeschlossen oder gar rassistisch diskriminiert werden.

Nur im gemeinsamen Dialog und Arbeitskampf kann eine Person von den Ideen des Sozialismus überzeugt werden und statt religiösen Ideen, den realen Klassenkampf voranbringen.

### **Woher kommt Rassismus?**

Mit dem Anschlag in Hanau am 19. Februar sind 208 Menschen seit 1990 von Rechtsextremist\*innen und Faschist\*innen ermordet worden. Uns plagt schon lange der Schrecken des Rechtsextremismus, doch die Politik der etablierten Parteien hilft nicht gegen Rassismus und Faschismus vorzugehen, ganz im Gegenteil!

Der Kapitalismus versagt darin, den Interessen der Menschen zu dienen. Er führt Kriege um Ressourcen und Absatzmärkte in anderen Ländern, die wiederum Flucht hervorrufen. Unser soziales Wohlergehen wird durch schlechte Arbeitsverhältnisse, niedrigen Lohn und einen teuren und immer teurer werdenden Wohnungsmarkt angegriffen. Viele Menschen erkennen diese Missstände, die sie plagen und suchen nach Alternativen zu „Weiter so“. Das treibt sie oft auch zu offen rassistischen Parteien, wie der AfD, die Treibstoff und teilweise der parlamentarische Arm der radikalen Rechten auf der Straße sind.

### **Gemeinsamer Kampf der Lohnabhängigen gegen Rassismus**

Anker jeder fortschrittlichen Veränderung in der Gesellschaft ist und war stets die unterdrückte Klasse, die durch gemeinsame Kämpfe verstand sich gegen

kapitalistische Unterdrückung, Krieg und Krise und Rassismus zur Wehr zu setzen. Um effektiv für diese Veränderung zu kämpfen, ist erforderlich, dass wir uns international hinter einem sozialistischen Programm und ihrer revolutionären Partei sammeln und dieses in Gewerkschaften, Bewegungen und andere Zusammenhänge tragen.

Und auch um gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, ist es wichtig, dass von Rassismus betroffene Gruppen, sich in Arbeitskämpfen beteiligen, da Rassismus im gemeinsamen Kampf der Kolleg\*innen kein Platz findet.

Dabei dürfen wir uns weder durch interne Reglements, noch durch externe Elemente entlang unserer Religion, Ethnie, Geschlechts, Alters etc. spalten lassen, sondern müssen erkennen, dass solche Art von Spaltung schließlich nicht uns selbst und den betroffenen Gruppen, sondern der herrschenden Klasse und ihrem (gerade nicht akutem) Ziel einer gespalteten Arbeiter\*innenklasse nutzt.



## BG Hamm II

### **Die Bedeutung theoretischer Bildung für eine kämpferische Praxis**

„Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Praxis“

-V.I.Lenin

Um in Zeiten der Krise als Linke Antworten bieten zu können, ist es nicht notwendig, das Rad neu zu erfinden. Die Arbeiter\*innenbewegung blickt auf weit über 150 Jahre Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus zurück. Seit dieser Zeit wurden stets neue Theorien entwickelt und praktische Erfahrungen gesammelt, im Positiven wie im Negativen. Diese Theorien und Erfahrungen kann man studieren und sich für heutige Kämpfe zu Nutze machen und das müssen wir auch tun, wenn wir erfolgreich sein wollen. Theorie und Praxis sind wichtige Teile einer sozialistischen Organisation. Da unsere Praxis durch die Pandemie eingeschränkt wird, können wir die Zeit sinnvoll nutzen und einen größeren Fokus auf Theorie legen.

### **Was für Bildung brauchen wir?**

Dabei ist durchaus nicht egal, mit welchen Theorien wir uns befassen. Wenn wir die bestehende Klassengesellschaft verstehen möchten, müssen wir uns mit grundlegenden marxistischen Texten auseinandersetzen. Der Marxismus ist eine allumfassende Wissenschaft.

Der dialektische Materialismus bietet eine logische philosophische Grundlage, ohne idealistische Phantastereien, die sich auf alle Lebensbereiche anwenden lässt und nicht nur in sich geschlossen, sondern auch unwiderlegt ist.

Der historische Materialismus, die marxistische Geschichtsauffassung, erklärt die Geschichte und die Übergänge von einer in eine andere Gesellschaftsform vor dem Hintergrund des dialektischen Materialismus. Nicht die „großen Männer“ schreiben die Geschichte, sondern geschichtliche Entwicklung ist das Resultat von Klassengegensätzen, die sich unweigerlich in Revolutionen entladen.

Die marxistische Wirtschaftstheorie erklärt was Ausbeutung ist und das Verhältnis zwischen Ausbeuter-und ausgebeuteter Klasse.

Marxistische Staatstheorie hilft uns zu verstehen, woher repressive Organe kommen und was sie mit dem Kapitalismus zu tun haben. Sie lehrt uns, warum es nicht helfen wird, in einer bürgerlichen Demokratie zu regieren, wie es Sozialdemokrat\*innen meinen, und warum der Staat, anders als Anarchist\*innen denken, kein alleinstehendes Konstrukt ist, welches unabhängig vom Kapitalismus überwunden werden kann.

### **Wo liegt aktuell das Problem?**

Unser Verband hat durchaus den Anspruch, seine Mitgliedschaft theoretisch zu bilden. Das erkennt man beispielsweise an Veranstaltungen wie der jährlichen Winterakademie oder dem aktuellen Carepaket.

Das existierende Angebot verfehlt es aber oftmals grundlegende Theorien zu behandeln. Oftmals wirkt es, als ob das Pferd von hinten aufgezäumt werden soll. Anstatt über grundlegende Themen zu sprechen, wie zum Beispiel eine Einführung in den Marxismus zu bieten, werden Theorien behandelt, die zwar teilweise auf Marx aufbauen, aber viele seiner Erkenntnisse verzerren.

Andere Texte von Marx und anderen Theoretikern zielen auf sehr konkrete und für unsere Aktionen unbedeutende Fragen ab. Sinnvoller wäre es, Grundlagen und unmittelbar relevante Themen zu behandeln.

Workshops zu konkreten Themen, wie Antifaschismus und Feminismus, erscheinen daher oft rahmenlos. Verschiedene Probleme werden als unabhängig voneinander betrachtet, da eine scharfe gesamtgesellschaftliche Analyse fehlt. In der Konsequenz daraus, wird eher Identitäts- als Klassenpolitik verfolgt.

### **Wie wäre es besser?**

Wichtig wäre es, sich intensiv mit grundlegenden Texten über Kapitalismus, Faschismus, Klassengesellschaften und ähnliches auf einem materialistischen, wissenschaftlichsozialistischen Weg auseinanderzusetzen. Auch einzelne Basisgruppen können sich unabhängig vom Bundesverband durch marxistische Lesekreise mit Theorie befassen. Als Orientierung kann das Theorie-Angebot der linksjugend ['solid] Nordrhein-Westfalen dienen. Auf den beiden bisherigen Pflingstcamps 2018 und 2019 gab es jeweils eine fortlaufende Schiene mit marxistischer Theorie. Zusätzlich gab es im letzten Jahr ein erstes Bildungswochenende und es wurde kürzlich ein Theorie-Reader mit grundlegenden marxistischen Texten herausgegeben.

## LSp\*R HH

Überall wird momentan von der Corona-Krise gesprochen, die Wirtschaft soll wieder gerettet werden, was Steuererleichterungen, Kredite und Gesetzesverbesserungen für die besitzende und Entlassungen, Lohnkürzungen und noch schlechtere Bedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen Klasse bedeutet. Doch der Pandemie die Schuld zu geben wäre schlichtweg falsch und soll die Bevölkerung dazu bringen, die Maßnahmen protestlos hinzunehmen. Denn schon vor der Pandemie ist die Wirtschaft kopfüber auf eine Krise zugerast. Jetzt ist es für die Regierenden einfacher sich hinter der alles erklärenden Entschuldigung Corona zu verstecken, um ähnliche Dinge wie bei der Bankenrettung durchzubringen, wie immer zulasten des Proletariats natürlich.

Doch Krisen gehören zum Kapitalismus, denn es wird nicht nach Bedarf produziert, sondern aus Profitstreben der Kapitalisten. Dies führt dazu, dass alle paar Jahre durch die „anarchistische Produktionsweise“ ein Überschuss entsteht, wodurch die Kapitalisten ihre Ware nicht mehr verkaufen können und um möglichst wenig Verlust zu machen, entlassen sie die Belegschaft, drücken die Löhne und weiten den Arbeitstag aus.

Doch nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik der Herrschenden gerät in eine Krise. In mehreren Ländern der Welt sind vergangenes Jahr Massen auf die Straße gegangen – gegen die unterdrückende und ausbeutende Politik. So zum Beispiel im Irak, Hongkong, Chile und

Frankreich. Aber auch in Deutschland kam Bewegung auf, wie mit Fridays for Future oder der Mietenkampagne, welche sogar die Frage der Enteignung aufgeworfen hat. Doch leider haben sich die Bewegungen nicht in die antikapitalistische Richtung entwickelt. Wir müssen in diese Bewegungen reingehen und zeigen, dass es keine Lösung für, zum Beispiel den Klimawandel im Kapitalismus gibt und unsere Positionen verbreiten.

Auch die etablierten Parteien bekommen immer weniger Zuspruch, die Bevölkerung hat keine Lust mehr auf die Politik im Sinne der Kapitalisten und die ganzen Kürzungen, die sie all die Jahre ertragen mussten. Genauso macht sich ein Gefühl der Hilflosigkeit in der Bevölkerung gegenüber der politischen Entwicklung breit. Doch es fehlt an passender Alternative. Die Linke – in Strömungskämpfen verfangen und immer weiter nach rechts rutschend, schafft es nicht mit klaren antikapitalistischen Positionen in die Opposition zu gehen und der Bevölkerung eine positive Vision der Zukunft zu vermitteln. Das spielt Rechten, wie der AFD in die Tasche, die sich als vermeintliche Alternative darstellt und die Bevölkerung spaltet. Auch die Regierung trägt (wie übrigens auch die Mehrheit der Opposition im Bundestag) zur Spaltung bei: Lohndumping durch den Missbrauch von ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen, Umbau von Wohnheimen zu Flüchtlingsunterkünften bei Wohnungsmangel und vieles mehr schürt den Hass auf Ausländer. Und befeuert die berechtigte Sorge vor der Zukunft in eine ganz bestimmte Richtung. So erscheint vielen Menschen auch abseits von gesellschaftlichem Grundrassismus der Kampf gegen Flüchtlinge als der einzige greifbare soziale Kampf, zur Verteidigung der eigenen bescheidenen Bequemlichkeiten.

Doch die Reichen brauchen diese Spaltung, denn: „Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein.“ (Das Elend der Philosophie, Strikes und Arbeiterkoalitionen). Durch die Spaltung der Gesellschaft kann das Kapital teilweise aktiv und teilweise durch die Zerstörung der Solidarität davon ablenken, wer denn eigentlich die ganzen Verschlechterungen durchführt, wer für die schlechte Lage des Proletariats verantwortlich ist und dass es ein gemeinsamer Kampf von unten gegen oben ist und nicht zwischen den Nationalitäten und was die eigentliche Ursache der Situation ist.

Die grundsätzlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten die deutsche Linke in früheren Zeiten zu einer der stärksten Europas gemacht hat sind genau so verloren gegangen wie die Kenntnis über klassische marxistische Theorie und die Bereitschaft sie in die Praxis umzusetzen. Dafür müssen vermehrt Bildungswochenenden oder Lesekreise stattfinden, die auch eine tolle Möglichkeit bieten andere Landesverbände kennenzulernen und sich zu vernetzen. Dazu gehört zwangsweise eine Abkehr von Szenepolitik hin zu einem offensiven Organisationsversuch ALLER Mitglieder der Arbeiterklasse. Wir als Jugendverband, müssen klar aufzeigen, dass die Themen dieser Zeit eben nicht eine Einstellungsfrage sind, oder nur ein paar Gesetzesänderungen durchgeführt werden müssen. Oder noch schlimmer in den Eigenschaften oder der Herkunft von Personen zu finden sind, sondern dass es Systemfragen sind, die nur durch das Überwinden des Kapitalismus

hin zum Sozialismus gelöst werden können. Dafür müssen wir Aktiv und gemeinsam auf der Straße sein, an den Bewegungen Teilnehmen, die antikapitalistischen Positionen unter die Leute bringen und die Leute dazu befähigen für ihre Rechte und die Rechte ihrer Klassengenossen zu kämpfen.

Besonders die Jugend hat sich stark politisiert doch noch nicht so ganz ihren Weg gefunden, wir müssen als Orientierung und Auffangbecken für die Jugendlichen dienen, die keine Lust mehr auf die Politik im Sinne des Kapitals hat und ihnen Zeigen, dass Links die einzige Alternative ist! Diesen Aktivismus müssen wir auch in die Partei reinbringen. Wenn mal wieder der Antikapitalismus vergessen wurde müssen wir ganz klar Stellung beziehen und dafür sorgen, dass wir keine zweite SPD werden. Alternative aber richtig! Das heißt auch keine Zusammenarbeit mit Kräften des Kapitals! Darunter leiden nur Profil und Glaubwürdigkeit.

Die Linksjugend, setzt sich vor allem aus Studenten zusammen, es ist aber unser Ziel auch Arbeiter, Arbeiterinnen und Auszubildende zu erreichen, dafür müssen wir vermehrt Kampagnen zur Ausbildung, sowie Arbeitsbedingungen zu machen und aktiv an Gewerkschaftsauseinandersetzungen Teilnehmen. Es muss auch vereinfacht werden für Leute ohne einen hohen Bildungsabschluss oder mit Beeinträchtigung unsere Texte zu verstehen weshalb alle Texte in einer einfachen Sprache verfasst werden müssen, was allerdings nicht heißt, dass man schreibt, als würde man mit einem Kleinkind reden!

Die Krise wird sich, besonders durch Corona weiter zuspitzen und dafür brauchen wir eine Bewegungsfähige, gut Vernetzte und verankerte Organisation, die in der Krise klare Antworten geben kann!



Caro Blüme und Christopher Thieme

### **Strategie zur Mitgliedergewinnung**

In den letzten Jahren sind global rechtes und neofaschistisches Gedankengut auf dem Vormarsch, der gesellschaftliche Diskurs verschiebt sich nach rechts und wenn Linke und ihre Initiativen nicht totgeschwiegen oder verwässert werden, dann wird jeder Ausdruck von Konsequenz ihrerseits als verbrecherisch verteufelt und als Beweis für sie Hufeisentheorie angeführt. Um neue Mitglieder und Unterstützer\*innen zu gewinnen steht uns, anders als rechten Verbänden, das Mittel der Provokation weniger offen. Während Trump, Höcke und Co. gerade durch markige Sprüche Zuspruch bekommen, verlieren wir durch ähnliche Rhetorik diesen eher, was auch der Eklat zur Strategiekonferenz der Partei einmal mehr gezeigt hat. Im öffentlichen Bewusstsein sind die Begriffe „Sozialismus“ und „Kommunismus“ nicht zuletzt durch den Kalten Krieg und stalinistische Bürokratie negativ besetzt. Aufklärung über oppositionelle Kommunist\*innen und sonstige Vertreter\*innen des Sozialismus wie Einstein findet quasi gar nicht statt. Jetzt ist es an uns als positive unterstützende Kraft ins öffentliche Bewusstsein zurückzukehren, die für die Interessen der 90% eintritt. Dafür müssen andere Jugendliche, aber auch ältere Menschen positive Erfahrungen mit uns machen, gehört werden und angenommen werden. Man muss ihnen etwas bieten, auch wenn es auf den ersten Blick nicht politisch erscheint. Das meint nicht nur Hilfe in Notlagen wie z.B. organisierter Beistand für Gefährdete während der Coronakrise, sondern auch simple Gemeinschaftsveranstaltungen auf lokaler Ebene bei denen man sich kennenlernen und ins Gespräch kommen kann – auch über politische Themen.

Der Gemeinschaftsgeist und die solidarische Atmosphäre ist dabei essentiell: Wenn Leute sich wohl und willkommen fühlen, kommen sie auch gerne wieder und erzählen ihren Bekannten davon, die sie dann vielleicht auch bei Gelegenheit mitbringen. Besonders notorisch marginalisierte Gruppen und Personen sind dafür empfänglich. An diesem Punkt muss man ansetzen. Sobald man sich gut kennt wirkt auch eine Einladung zu einem Vortrag, einer Infoveranstaltung etc. weniger unpersönlich; auf die Meinungen von Freund\*innen legt man bekanntlich mehr Wert und man nimmt eher politische Publikationen von ihnen an als von Fremden. Da beginnt die politische Bildung und Aufklärung, mit der man die neuen Freund\*innen auf seine Seite ziehen kann. Wohlgermerkt sollte das tatsächliche Bildung sein und jede Lüge oder Beschönigung der Wahrheit, auch wenn sie uns besser dastehen lassen sollte verbietet sich von selbst. Jede Unwahrheit, die wir verbreiten, diskreditiert uns und führt Menschen in die Irre. Das sollte niemals unser Ziel sein; man darf Jugendliche oder generell Menschen keiner Gehirnwäsche unterziehen. Stattdessen sollte man durch systematische Aufklärung Klassenbewusstsein schaffen und dieses durch Theoriebildung stützen und vernünftig begründen. Das Eingliedern und Zusammenschweißen innerhalb der Basisgruppen dürfte durch gemeinsame Aktionen und regelmäßige(!) Treffen größtenteils von selbst auf den Weg gebracht werden. Problematisch ist die Umsetzung dieser Strategie während der Coronakrise, obwohl man gerade jetzt durch Hilfsangebote in seiner Nachbarschaft punkten kann. Es bleibt das Problem, dass die Medien ungern über Initiativen der Linksjugend ['solid] berichten, also müssen wir selbst auf

uns aufmerksam machen und das nicht nur in Zeiten von Corona. Das Stichwort an dieser Stelle ist Agitprop.

Doch wie ist es mit der Zeit nach der Coronakrise? Wie ist es möglich Menschen anzusprechen, die nicht zum direkten Umfeld gehören? Es gehört zur Standardpraxis von Linken mit Infostände Kontakt nach außen hin zu suchen. Dies ist aber vor allem für unsere Bezugsgruppe nicht (mehr) effektiv. Die Alternative dazu stellen zum einen Guerilla-Marketing und natürlich Social Media Präsenz dar, was verbunden werden kann. Guerilla Marketing beschreibt Aktionen, welche aufgrund eines geringen Budgets nur einen kleinen direkten Empfängerkreis haben, meist aber im Nachhinein für viel Publicity sorgen. Aktionen also, welche mit wenig Budget und von einer kleinen Gruppe ausgeführt, für viel Medienaufmerksamkeit sorgen können. Plakate angebracht an öffentlichen Plätzen sind eine Möglichkeit. Es bringt unsere Inhalte leicht verständlich zu den Menschen. Ähnlich verhält es sich mit Adbusting. Dieses hat zudem noch einen Kapitalkritischen Effekt. Die dritte Form sind mit Sprühkreide angebrachte Inhalte an öffentlichen Plätzen. All das ist von einer kleinen Personengruppe ausführbar, sorgt wegen des ungewöhnlichen Charakters für mehr Sichtbarkeit und für das Wiederholen von linken Standpunkten zur stärkeren Einprägung unserer Position führt. Weiterhin zieht es einen kleinen Diskurs über die Form nach sich, mit der sich aufgrund der Erwartung einer Haltung dieser gegenüber Menschen noch einmal mehr mit den Inhalten auseinander setzen müssen.

Zusammengefasst ist es für den Gewinn von Genoss\*innen und das weitere Verbreiten von progressiven Inhalten effektiv die Menschen im Privaten zu erreichen. Ob in Form von Freizeitgestaltung oder vorsichtig formulierten

Diskussionsanregern, es ist wichtig dass wir die Menschen auf persönlicher Ebene erreichen.

Carla Büttner und Paul Gruber

### **Für einen linken Futurismus**

Wir wollen gleich zu Beginn feststellen: Der politischen Linken, und damit auch uns, fehlt eine Begeisterung für die Zukunft. Wer keine Begeisterung (für die Zukunft) miteinander teilt, der kann diese auch schlecht transportieren. Wen will man begeistern, wenn man selbst keine wirkliche Vorstellung von der eigenen Zukunft hat. Auch wenn wir es vielleicht nicht offen zugeben wollen, so trauern wir doch des Öfteren der Vergangenheit hinterher. Zeiten, in denen eine hohe gewerkschaftliche Organisation als Standard galt, in denen öffentliche Daseinsvorsorge noch nicht unter dem Privatisierungshammer lag, oder ganz einfach gesagt, der Neoliberalismus noch nicht als herrschende politische Agenda fungierte. Doch eigentlich ist eine mangelnde Zukunftsbegeisterung auch gut begründbar. Der Neoliberalismus hat eine fast völlig entsolidarisierte Gesellschaft geschaffen, die politische Rechte und der Nationalismus greifen nach der Macht und der Klimawandel schreitet voran. Darüber hinaus haben wir als politische Linke weiterhin keine schlagfertigen Vorstellungen davon, wie wir die Digitalisierung nutzen wollen.

Nutzen ist dabei genau das richtige Wort. Oft hören wir von allen politischen Seiten, dass man irgendwie auf die Digitalisierung reagieren oder im Zweifel einen Umgang damit finden sollte. Wir finden es braucht endlich einen progressiven Umgang mit diesem Thema. Wir sollten nicht der Digitalisierung dienen, die Digitalisierung sollte uns dienen und so

helfen, Probleme aus linker Perspektive zu lösen. Am Ende steht immer der Mensch. Welchen gesellschaftlichen Wert hat ein digitaler Fortschritt, wenn wir keinen politischen Weg finden, der dafür sorgt, dass nicht Überwachung, Ausbeutung und individuelle Selbstvermarktung die Produkte dieser Entwicklung sind. Deswegen sollte Digitalisierung nicht als Selbstzweck gesehen werden, sondern als Mittel für unsere Zwecke. Ein Mittel zur Arbeitszeitverkürzung, zur Barrierefreiheit, zur Teilhabe und Transparenz oder schlicht zur Vereinfachung der Alltags- und Arbeitswelt. Doch so, wie es derzeit läuft, dient die Digitalisierung eher der Verwirklichung einer Dystopie. Daten werden zur neuen Währung und liegen in der Hand von wenigen Konzernen. Demokratische Kontrolle ist Fehlanzeige. Doch auch der Staat witterte längst seine Chance und nutzt die digitalen Kommunikationswege für die Überwachungsprogramme seiner Geheimdienste. Der/die einzelne Nutzer\*in funktioniert hier nur noch als mundtotes Objekt. Ein Blick nach China zeigt bereits das Schreckensszenario: Gesichtserkennungssoftware, Social-Credit-System und Spionageapps sind nur ein trauriger Ausdruck einer dystopischen digitalen Gesellschaft. Daher brauchen wir als politische Linke mehr denn je eine Perspektive für eine digitale Zukunft. Wie könnte unsere digitale Agenda aussehen? Es ist bei weitem nicht so, dass hier von Null begonnen werden müsste: Konzerne, wie Facebook oder Google, müssen vergesellschaftet werden, Software muss Open-Source sein, digitale Selbstverteidigung muss im Bildungssystem vermittelt werden, ... Die Liste könnte noch länger sein. Doch es reicht nicht das Richtige zu fordern.

Wir müssen als Linke den digitalen Raum stärker besetzen und nutzen. Machen wir ihn selbst als Mittel zum Zweck. Viele reden davon, dass die Digitalisierung dazu führen könnte, dass "die Roboter uns die Arbeitsplätze wegnehmen". Doch könnte es nicht auch eine Möglichkeit sein, um weniger arbeiten zu müssen? Warum sollten Menschen immer noch 40 Stunden arbeiten, während man vieles digital ersetzen könnte. Wie wäre es mit mehr Freizeit bei gleichem Einkommen?

Während der Zeit der Corona-Pandemie wird es noch einmal stärker deutlich, dass viele Menschen nur über ihren Job definiert werden, sich viele aber auch selbst nur über ihre Arbeit

definieren. Menschen wissen teilweise nicht mehr wie sie ihre freie Zeit verbringen sollen. Deswegen sollte wieder darüber debattiert werden, wie man Zeit und besonders Freizeit überhaupt definiert. Für viele Menschen, besonders Frauen\*, ist es aber eben auch oft so, dass die Zeit nach der Arbeit keine wirklich freie Zeit ist, sondern dass sie dort weiter Arbeit leisten müssen in Form von unbezahlter Care-Arbeit. Dieses ungleiche Verhältnis sollte so schnell wie möglich strukturell angegangen werden. Alle Menschen brauchen freie Zeit für sich, um Hobbys auszuüben, um sich (weiter-) zu bilden oder einfach nichts zu tun. Als Sozialist\*innen fordern wir deshalb zu Recht die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit. Ohne den Verkauf unserer Arbeitskraft sind wir unter kapitalistischen Verhältnissen nichts: kaum Teilhabe an der Gesellschaft, Existenzängste, wachsende Schuldenlast und psychische Erkrankungen sind die Folgen. Nur leben um zu (lohn)arbeiten?! Das muss der Vergangenheit angehören!

Doch auch im Hier und Jetzt müssen wir als Linke für ein erstes Projekt eintreten, welches vielen Menschen zumindest aus der reinen Existenzangst und dem damit verbundenen Arbeitswahn heraushilft. Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) kann dieses Projekt sein, wenn wir es mit einer Vermögensumverteilung finanzieren. Niemand kann sagen, dass mit der Einführung eines BGE der Kapitalismus überwunden wäre. Dennoch hat der Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten Reformen durchgesetzt, mit denen die Existenzangst der Menschen gestiegen ist. Unsere Antwort kann es doch nicht sein, dass wir das alles bloß wieder rückgängig machen müssen. Wir brauchen kein Zurück in die Vergangenheit, sondern ein neues linkes Projekt für die Zukunft. Es kann nur ein weiterer Schritt sein, die Kämpfe um's Ganze braucht es dennoch. Die nächsten Monate und Jahre werden mit hoher Wahrscheinlichkeit von Verteilungskämpfen geprägt sein. Durch die Corona-Pandemie ist eine neue ökonomische Krisensituation entstanden und es ist gut möglich, dass diese Krise noch stärker einschlagen könnte, als die Finanzkrise 2008. Für uns ist klar, dass nur mit einer Vermögensumverteilung von oben nach unten und einer Rücknahme von Privatisierungen, der Krise begegnet werden kann. Die Automobilindustrie wittert bereits ihre Chance und fordert eine neue Autokaufprämie. Selbstverständlich müssen wir solche Ideen zurückweisen, jedoch dürfen wir uns in der nächsten Zeit nicht nur auf Abwehrkämpfe beschränken. Es geht um nicht weniger als eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft. Fordern wir eine Welt ein, die eine lebenswerte Grundlage für alle Menschen darstellt. Der bereits



voranschreitende Klimawandel wird mehr denn je die soziale Ungleichheit sichtbar machen. Wer kann sich in Zukunft noch ein lebenswertes Umfeld leisten? Flucht - und Migrationsbewegungen werden unvermeidlich zunehmen. Den Nationalstaat und das Abschottungssystem der EU müssen wir daher konsequent ablehnen. Stärker denn je sollten wir daher an einer schlagfertigen europäischen Linken arbeiten, die ein gemeinsames Projekt teilt. Die Zukunft sollte der sozialistischen Republik Europa gehören.

Für das gute Leben! Für den Sozialismus!

## Jan Schiffer

Ich freue mich, dass wir diese Strategiedebatte führen, nicht nur, weil ich mir sicher bin, dass durch diese Debatte viele gute und innovative Ideen zur Weiterentwicklung unserer politischen Praxis diskutiert werden, sondern auch, weil genau das etwas ist, was viel zu wenig geschieht: Über Strategie reden.

Wenn es etwas gibt, an was es in unserem Jugendverband nicht mangelt, dann sind es das kontroverse Diskussionen, was großartig ist, denn durch kontroverse Diskussionen ist es im Optimalfall (der oft aus Gründen nicht eintritt, die man in einem eigenen Text erörtern müsste) möglich, reflektierte Positionen zu finden, die einen Gegenstand von verschiedenen Seiten beleuchten und damit tatsächlich oft korrekter sind als die Positionen, mit denen man in die Debatte geht. Oft haben diese Diskussionen aber die Schwäche, dass zwar über viele sehr wichtige Themen gesprochen wird, aber meiner Meinung nach zu wenig über Strategie, also darüber, wie wir überhaupt bestimmte viel diskutierte Ziele erreichen wollen.

Dabei könnte genau das die große Stärke der linksjugend ['solid] sein. Lokal begrenzt handelnde Akteure sind nicht in der Lage, bundesweite Diskurse nennenswert zu beeinflussen, genau das ist aber nötig: Viele der großen politischen Fragen sind nur auf Bundesebene wirklich angreifbar, und auch die Diskussionen in unseren Städten und Orten sind keine abgekapselten, durch lokal beschränkte Arbeit komplett drehbaren Dinge, sondern geprägt durch gesamtgesellschaftliche Stimmungen. Um also große Veränderungen erreichen zu können, brauchen wir eine **handlungsfähige bundesweite**

**Akteurin mit strategischer Analyse**, die erkennt, welche Themen man aufgreifen kann, um gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen und hier Menschen nach links zu politisieren. Eine solche Akteurin könnte die linksjugend [‘solid] sein, dafür ist aber noch einige Arbeit erforderlich.

In Beiträgen von Genoss\*innen, mit denen ich mich ausgetaucht habe, und auch in dem Beitrag meiner Basisgruppe aus Köln, wurden schon viele Ideen entwickelt, wie man die bundesweite Handlungsfähigkeit bspw. durch einen besseren Kontakt zur Basis und eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit erhöhen kann. In diesem Beitrag will ich mich deshalb stärker darauf konzentrieren, was es überhaupt heißt, strategisch zu denken.

Strategisches Denken heißt, immer vom Ziel aus zu denken: Bevor man irgendetwas macht, muss man immer wissen, wofür man es macht, und die Weise, wie man es macht, muss sich aus diesem Ziel ergeben.

Das heißt: Bevor man eine Aktion macht oder einen Text in den sozialen Medien raushaut, muss man erst einmal wissen, was man überhaupt erreichen will. Es darf nicht darum gehen, einfach die Aktionen zu machen, auf die man Lust und bei denen man sich besonders radikal fühlt; Texte müssen dafür geschrieben werden, um Menschen zu überzeugen, nicht dafür, sich selbst besonders schlau zu fühlen.

Ich persönlich denke, dass der strategische Hauptfokus derzeit darauf liegen muss, unsere Wirkmacht zu vergrößern: Nur, wenn wir eine starke Organisation sind, können wir einen ernsthaften Beitrag zu den Veränderungen unserer Gesellschaft leisten, die wir als sozialistischer Jugendverband anstreben.

Dafür ist es notwendig, hier einen klaren Fokus auf die Aufbauarbeit zu legen. Dem würden wohl nicht viele widersprechen, das heißt aber gleichzeitig auch, dass unsere Kampagnen eine Orientierung auf dies haben müssen und wir dort sichtbar sein müssen. Es gibt viele tolle Aktionen, Bündnisse und Kampagnen, in die wir viel Energie stecken, bei denen wir aber kaum sichtbar sind, woran wir definitiv arbeiten müssen. Das hängt natürlich auch stark mit einer professionelleren Öffentlichkeitsarbeit zusammen.

Die größte und wichtigste Aufgabe bei der Aufbauarbeit ist es natürlich, neue Mitglieder zu gewinnen und zu empoweren, damit sie in der Lage sind, selbstständig und mündig politische Projekte durchzuführen. Um dies zu erreichen, müssen wir darüber reden, was für Menschen wir ansprechen wollen und können.

Dabei ist es denke ich zentral, als Erstes zu begreifen, dass unser Ziel sein muss, Menschen zu politisieren, die noch *nicht* politisiert sind: Unsere Arbeit darf sich nicht auf die linke Szene konzentrieren. Das Ende von Kapitalismus und Patriarchat wird wohl kaum von den relativ wenigen Menschen erreicht werden können, die es derzeit anstreben, deshalb ist klar, dass wir mehr werden müssen.

Ein Blick auf die Verbandsrealität zeigt auch: Wir erreichen neue Mitglieder meist nicht über linksradikale Szenebündnisse mit autonomen Kleinstgruppen, sondern über Arbeit in breiten Bewegungen und dadurch, dass wir ein parteinaher Jugendverband sind. Die größte Aufmerksamkeit und Relevanz gewinnen wir durch unsere Anbindung an die LINKE, und dessen sollten wir uns bewusst sein und dementsprechend auch versuchen, diese Anbindung zu stärken und mit mehr Leben zu füllen.

Um neue Menschen zu erreichen, müssen wir vor allem lernen, unsere Strukturen auf sie auszurichten: Wir brauchen offene Strukturen, die gleichzeitig handlungsfähig und einsteiger\*innenfreundlich sind. Konkret heißt das: Viele Menschen haben keine Lust, sich beim Einstieg in eine Jugendorganisation erst einmal tausend super komplizierte, unintuitive und unästhetische verschlüsselte Kommunikationskanäle anzueignen, und, so sehr ich persönlich die Kommunikation mit Mails schätze, so sehr muss man feststellen: Mails sind absolut kein Teil der Lebensrealität wirklich junger Menschen mehr. Um das aber positiv hervorzuheben: Zumindest bei Social Media haben es viele Strukturen bereits geschafft, den Schwerpunkt auf Instagram zu legen, anstatt alles über Facebook zu organisieren, was immer weniger Schüler\*innen nutzen.

Nachdem man die Mitglieder angeworben und auch in die eigenen Basisstrukturen eingebunden hat, ist die nächste Aufgabe, sie handlungsfähig zu machen. Hier wäre es z.B. sinnvoll, den im Raum stehenden Vorschlag eines Mentoringprogramms aufzugreifen. Bei zentralen Bildungsangeboten haben wir schon viele tolle Angebote, mehr Angebote zu Dingen wie Rhetorik und Argumentation wären eine wichtige Ergänzung, da hier viele Basismitglieder ein riesiges Potential haben, aber mehr Unterstützung bei der Entfaltung gebrauchen könnten.

Ganz wichtig ist aber auch: Man lernt durch nichts so viel für die politische Praxis wie durch politische Praxis. Hier braucht es mehr Angebote, sich auf Bundesebene wirklich niedrigschwellig zu engagieren und dort auch von erfahreneren Genoss\*innen zu lernen.

Es gibt viele Jugendliche, die die Zumutungen von Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus und Antisemitismus sehr genau kennen und viel Potential haben, einen Beitrag dazu zu leisten, diese Verhältnisse zu überwinden. Gehen wir also heraus und finden sie!

Konstantin Gräfe

## **Corona, Krise, Kommunismus?**

### **Von der pandemischen Krise zur wirtschaftlichen Krise**

Zwar wird uns die durch das Virus Sars-Covid-19 verursachte pandemische Krise noch eine ganze Weile beschäftigen. Absehbar ist aber auch, dass auf die pandemische Krise die wirtschaftliche Krise folgt. Das schnelle Ende des Neoliberalismus oder gar des Kapitalismus wird Corona wohl eher nicht mit sich bringen. Plausibler ist eher eine kurz- bis mittelfristige Verfestigung des neoliberalen Produktionsregimes. So sind die derzeitigen staatsinterventionistischen Maßnahmen eben auch nicht als Abgesang auf den Neoliberalismus zu werten, wie er in den letzten Wochen in einigen Feuilleton-Artikeln beschworen wurde, sondern dienen der Stützung des Kreditsystems (vgl. Kempe/ Speckmann, Arps/ Dziedzic, Tügel). Zudem ist es gut möglich, dass sich der deutsche Block in der EU absehbar um eine Neuauflage der Austeritätspolitik bemühen wird, den südeuropäischen Ländern also jene Kürzungsorgien verordnet werden, deren Folgen durch die kollabierenden Gesundheitssysteme gerade erst noch einmal verdeutlicht wurden.

### **Linke und die Krise**

Einige heben nun die aus einer solchen krisenhaften Situation entstehenden Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel hervor. Dagegen sprechen m.E. einige Punkte. So neigt ein großer Teil der gesellschaftlichen Linken in Deutschland gerade zum Krisenkooperatismus; die Gewerkschaften haben

erstmal weitestgehend alle Tarifrunden abgesagt und tragen die Maßnahmen der Bundesregierung im Schulterschluss mit den Wirtschaftsverbänden mit; auch die Linksfraktion im Bundestag hat den „Hilfspaketen“ der Bundesregierung am Ende zugestimmt. Weite Teile der sozialen Bewegungen und der radikalen Linken sind ihrer üblichen Protestformen durch die Ausgangsbeschränkungen beraubt und müssen erst an Wegen elaborieren, wie sie in der Krise Wirkung entfalten können. Die Linkspartei wiederum befindet sich in einem ungelösten Streit um die weitere Strategie. Nicht zu Letzt wird gerade deutlich, dass es kaum eine internationalistische Praxis der Linken gibt. Auch fehlt es trotz einiger interessanter Ansätze (Dörre/ Schickert; Fritzsche; Friedrich/ ak-Redaktion) an einer gemeinsamen, Hoffnung stiftenden Erzählung der Linken, die in der Krise ihre Wirkung entfalten könnte.

### **Was wir unmittelbar tun können**

Auch wenn am Ende der Krise wohl nicht der ökokommunistische Ponyhof steht, sondern wir vermutlich erneut die erstaunlichen Beharrungskräfte des Kapitalismus bewundern können, gibt es einiges, was wir jetzt tun sollten. Denn klar ist, auch wenn sich in Zeiten der Krise die Menschen zunächst um die Regierenden und den Status Quo scharen, bietet gerade eine Krise Potentiale, um mit linker Kritik an den Alltagsverstand der Menschen anknüpfen zu können.

Die tödlichen Folgen von Kürzungspolitik und Ökonomisierungsdruck im Gesundheitswesen sind auch in Deutschland nicht zu übersehen (vgl. z.B. den Fall des Potsdamer Ernst-von-Bergmann-Klinikums). Auch ist offensichtlich,



wer die Folgen der Krise besonders spürt (vgl. u.a. Sabloswki): Niedriglöhner\*innen, Scheinselbständige, Alleinerziehende, Studierende, Schüler\*innen und Auszubildene werden von den Hilfspaketen kaum erfasst. Geflüchtete und Illegalisierte bilden dabei die unterste Stufe der Krisenpyramide.

Zu all diesen Aspekten sollten wir längerfristig angelegte Online-Kampagnen ins Auge fassen, die Forderungen zur Verbesserung der Lebenspraxis junger Menschen mit grundsätzlicher Kritik an den bestehenden Verhältnissen verknüpfen. Die Kampagnen sollten konkrete Forderung mit lebensnahen Geschichten von (potenziellen) Betroffenen verbinden. Ebenfalls sollten sie für die Social Media typische Mitmachangebote an die Mitgliedschaft unterbreiten. Dringend müssen jedoch auch Formen entwickelt werden, die in ihrem Ausdruck radikaler sind, gleichzeitig aber auch die Gebote physischen Abstands beherzigen. So sollte beispielweise die Umsetzbarkeit von Miet- oder auch Schulstreiks geprüft werden.

In jüngster Zeit konnten in einem beachtlichen Kraftakt des gesamten Verbandes große Teile des politischen Bildungsangebotes in Onlineformate überführt werden. Hierauf gilt es aufzubauen und die politische (Online-) Bildung nun längerfristig auszurichten. Einerseits sollte sie dabei unterstützend zu den oben angedachten Kampagnen wirken, gleichzeitig sollte sie fundierte Kenntnisse über die verschiedenen Krisen, die wir erleben, vermitteln. Die gemeinsamen Kapital-Lesekreise mit dielinke.SDS sind hierfür ein erster vielversprechender Ansatz. Schließlich wird es für die Linke darum gehen, um die Deutungshoheit über die anstehenden Verwerfungen zu kämpfen.

## **Worauf wir uns vorbereiten sollten**

Rund zehn Millionen Menschen, die sich allein in der Bundesrepublik in Kurzarbeit befinden, sind ein Indiz dafür, dass die Krise auch in Deutschland heftigere Folgen haben kann, als jene von 2008 ff. Wenn es aber, wie Schneider/ Syrovatka vermuten, zu einem baldigen Ende der Lockerungen der Defizitregeln der EU und eine Bindung von Beihilfen an strukturelle Reformen ähnlich der Eurokrise kommt, dann sind es die Menschen in den südeuropäischen Staaten, die darunter am härtesten zu leiden haben werden. Hier gilt es für den Verband eine Praxis internationaler Solidarität wiederzuentdecken und teilweise auch neu zu entwickeln, die in den vergangenen Jahren verschütt gegangen ist. Auch sollten wir die nächste Zeit nutzen, um die vergangenen Krisenproteste zu reflektieren und Rückschlüsse für neue Proteste und Bündnisse ziehen.

Darüber hinaus sollten wir uns auf einen Backlash in der Klimapolitik gefasst machen. Die Diskussionen um Staathilfen für Fluglinien und Abwrackprämien zeigen, dass die Akteure des fossilen Kapitalismus die Krise als willkommenen Anlass nehmen werden, um ihre Laufzeit mit Staatsknete noch einmal deutlich zu verlängern. Hier muss Druck gemacht werden, damit mit nicht weitere Pflöcke für Pfade in die falsche Richtung eingeschlagen werden. Gleichzeitig bietet solch eine Situation sicher auch Anknüpfungspunkte, um eine ökosozialistische Transformationsagenda stark zu machen.

Nicht zu Letzt ist durch die Krisendynamik ein erneuter Aufschwung der AfD und anderer rechter Bewegungen in Europa zu befürchten. Gerade für marginalisierte Gruppen dürften ein Erstarren der Rechten in wirtschaftlich

krisehaften Zeiten und einem möglichen Fortwirken ausnahmerechtlicher Regelungen, zusätzliche Gefahren für ihre Rechte und ihr Leben bedeuten. Sie haben unsere unbedingte Solidarität verdient. Dennoch sollten wir uns nicht auf Antirassismus und Antifaschismus als letztes Bindeglied einer fragmentierten Linken verlassen. Gerade als linksjugend ['solid] sollten wir die nächsten Wochen nutzen, um eine Erzählung stark zu machen, die radikal mit dem Status Quo bricht und das Versprechen auf ein sozialistisches Morgen erneuert.

### **Literaturangaben**

-Jan Ole Arps/ Paul Dziedzic/ Nelli Tügel: Die Situation ist nicht »offen«, sondern scheiße. In der Corona-Krise sehen manche Linke eine Chance - vielleicht aus Vergesslichkeit? In: analyse & kritik, Nr. 659.

-Klaus Dörre/ Christine Schickert (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus.

-Sebastian Friedrich/ Redaktion analyse & kritik (Hrsg.): Neue Klassenpolitik: Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus.

-Julia Fritzsche: Tiefrot und radikal bunt. Für eine neue linke Erzählung.

Lene Kempe/ Guido Speckmann: Wenn ein Virus die Wirtschaft infiziert. Die Corona-Pandemie legt die Sollbruchstellen des neoliberalen Kapitalismus offen - erste Tendenzen der Reparaturmaßnahmen zeichnen sich ab. In: analyse & kritik, Nr. 659.

-Thomas Sablowski: Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise. Abrufbar unter: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klassencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise/>

-Etienne Schneider/ Felix Syrovatka: This Eurozone Crisis Will Be Even Worse Than Last Time. Abruflbar unter: <https://www.jacobinmag.com/2020/04/eurozone-crisis-coronavirus-covid-eu-european-commission>

## LSp\*R Brandenburg

Aus jeder Krise ergibt sich ein historisches Möglichkeitsfenster. Einige Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden in Frage gestellt - es gibt es jetzt eine Debatte um die Relevanz von schlecht bezahlten und dringend notwendigen Berufen. In der Corona-Krise wird deutlich, dass der Markt soziale Ungleichheiten verstärkt. Die zu erwartende Rezession und die Erkenntnis, dass jahrelang am Gemeinwohl gespart wurde, könnte eine Debatte um Entprivatisierungen, Umverteilungen und Lohngerechtigkeit für alle anstoßen. Sozialdemokrat\*innen, Regierungen und Wirtschaft reagieren darauf bereits mit dem Versprechen von Bonuszahlungen für Pflegekräfte und Maßnahmen zum "Ankurbeln" der Wirtschaft. Das Asylrecht wurde kurzerhand ausgesetzt, wie üblich ohne Aufschrei. An die Zivilgesellschaft wird appelliert, "zusammen zu halten", was sich angesichts flächendeckender Verbote bzw. oft ohne Zusammenhang zum Infektionsschutz verhängte Erschwerung von Demonstrationen in politischer Hinsicht als unzulänglich erweist. Von einer dauerhaften Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist jedenfalls nicht die Rede. Vielmehr sind viele Menschen mit einem Freizeit-Lockdown bei gleichzeitigen Corona-Partys am Arbeitsplatz einverstanden.

### ***Und wir?***

Unsere Aufgabe als antikapitalistischer Jugendverband ist es, zu vermitteln, dass sich trotz aller Widrigkeiten alles grundlegend zum Besseren ändern kann. Doch wie sollen wir aus der Corona-Krise gestärkt hervorgehen oder gar unserer Utopie näher kommen?

Für unsere Strategie-Debatte könnte die Aufarbeitung der letzten Krise eine Diskussionsgrundlage bilden: in der "Finanzkrise" 2008 und 2009 entstanden neben "Occupy Wallstreet" auf dem ganzen Planeten Bewegungen, die die Misswirtschaft des Finanzkapitalismus anprangerten und für eine Umverteilung des globalen Reichtums stritten. Als linksjugend ['solid] haben wir uns auch in den Folgejahren noch am europäischen Bündnis "blockupy" beteiligt. Doch die Bewegung schrumpfte, während der Niedriglohnsektor und Befristung sich ausbreiteten und Banken gerettet wurden. Vielleicht war es zum Beispiel ein Fehler, an Regierungen und Co. zu appellieren, auf deren Reaktion dann ohne weitere Perspektive gewartet wurde. Vielleicht hätte mensch stattdessen versuchen müssen, die Bewegung auf alle Wirtschaftsbereiche auszuweiten.

Die linke Geschichte in Deutschland zeigt, dass wir unsere Inhalte nicht vermitteln können. Die Vorstellung einer Welt jenseits des Kapitalismus fällt ja auch uns selbst schwer. Zugleich ist es unbefriedigend, sich in die Formulierung konkreter Forderungen zu verlieren oder angesichts mangelnder Perspektive in kleinen Verbesserungen zu verzetteln. Wir versuchen, uns bei jeder Kleinigkeit auf unsere Utopie zu beziehen oder doch wenigstens darauf hinzuweisen, dass die Ursache für das konkrete Problem in der kapitalistischen Wirtschaftsweise liegt. Viele neue Mitglieder konnten wir damit bisher ja auch überzeugen. Diese berichten uns von der politischen Resignation ihrer Mitschüler\*innen und dem fehlenden Überblick in der politischen Landschaft. Nicht selten heißt es: "Politik ist viel zu kompliziert. Und an den ganzen Problemen ändert sich doch eh locker nichts." An unseren

Inhalten liegt es also nicht, vielmehr ist Politik insgesamt uncool und linke Themen kommen einfach kaum vor.

### ***Unsere Praxis!***

Allerdings braucht die Linksjugend ['solid] für eine nachhaltige Vermittlung ihrer Inhalte eine nachvollziehbare, emanzipatorische Praxis, die für Jugendliche positiv erfahrbar ist. Dazu gehört vor allem eine gute Vernetzung mit anderen jungen Menschen. Leider funktionieren wir vielmehr wie 16 verschiedene Landesverbände mit verschiedenen Basisgruppen, als als ein Bundesverband. Diese Eigenständigkeit ist für unser basisdemokratisches Prinzip sehr wichtig, kann aber auch zu einem für Außenstehende unklaren Auftreten führen. Dem könnte ein lebendiger, aktiver Bundesverband entgegen wirken. Aber: Der Bundesverband besteht für viele Mitglieder aus nur wenigen jährlichen Highlights wie dem Sommercamp und dem Bundeskongress sowie teils unscheinbaren, aber mit wichtigen Aufgaben betrauten Gremien wie dem BSpR und dem Länderrat. Diese wichtigen Gremien können nicht die Arbeit eines ganzen Verbandes stemmen. Wir brauchen dringend das Bundesjugendplenum als Debattenort für Genoss\*innen aus allen Landesverbänden, das wir auch nach der Pandemie in ursprünglich gedachter Form weiterführen sollten. Dabei müssen wir uns davor hüten, uns nur mit uns selbst zu beschäftigen, sondern sollten vor allem Strategien entwickeln, die das große Ganze im Blick behalten. Wichtig dabei ist, dass jede\*r Genoss\*in mitreden kann, ohne über ein riesiges Vorwissen zu verfügen. Denn im Moment finden die innerverbandlichen Debatten aus organisatorischen Gründen nur sehr kurz, oder sehr abfällig in der facebook-

Gruppe statt. In der Regel ähneln die Diskussionen so eher Schlammgeschlächten zwischen verfeindeten Lagern, die nie den Anspruch haben, einander zu überzeugen. Attraktiver wäre eine linksjugend ['solid], die über starken Zusammenhalt funktioniert und ihren Pluralismus respektvoll lebt.

Was uns nämlich von den politischen Kampagnen unserer Zeit unterscheidet, ist der gesamtpolitische Ansatz und die Vielzahl möglicher Arbeitsschwerpunkte und Organisation. Wir sind eben kein monothematisches, zeitlich begrenztes Bündnis, sondern ein Ort zur dauerhaften Organisation mit dem Anspruch, die gesamtgesellschaftliche Situation grundlegend zu ändern. Unser sekundäres Ziel ist daher die Vernetzung und Bündelung der gesellschaftlich relevanten Konflikte.

### ***Auf die Straße!***

Damit das klappen kann, dürfen wir nicht den selben Fehler wie die uns nahe stehende Partei machen: Wir dürfen unseren Blick nicht auf den Parlamentarismus versteifen. Die Mitwirkung im Parlament sollte ein Mittel zur Durchsetzung der in den sozialen Bewegungen erdachten Ideen sein. Schließlich sind es gesellschaftliche Bewegungen wie FridaysForFuture, die den gesellschaftlichen und politischen Diskurs nachhaltig verändern; ohne das Tribunal "NSU-Komplex auflösen" hätte es keine Aufarbeitung der Unterstützung von Nazis durch den rassistisch agierenden Staat gegeben, ohne #saytheirnames wären die Anschläge in Hanau und Co längst vergessen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir Teil dieser Bewegungen sind und sein sollten. Unseren gesamtpolitischen Ansatz sollten wir auch in Bündnissen



selbstbewusst vertreten und sichtbar auftreten. Solidarisch miteinander vernetzt zu sein kann uns alle unseren gemeinsamen Zielen näher bringen.

### **Stand der Linksjugend**

Die Linksjugend ist immer noch geprägt von internen Konflikten, mit der sich jede Gruppe auseinandersetzen muss. Damit meinen wir nicht den immer noch brodelnden Konflikt um eine außenpolitische Position, sondern vor allem die Fragen um Inhaltsdiskurs vs. Alltagsrelevanz, Selbstbildung vs. Außenwirkung und was wir als Verband eigentlich sein wollen.

Die erste Frage ist eine Herausforderung, der sich die Basisgruppen einzeln stellen müssen. Es ist wichtig, eine Verbindung zwischen den inhaltlichen Fragen und dem Alltag der Leute herzustellen. Denn diese ach so trockenen Theoriedebatten sind eine Notwendigkeit, um die zurzeit geltende Verhältnisse zu verstehen. Dabei muss man es auf jeder Ebene schaffen, die Diskussion aufrechtzuerhalten, ohne in Banalität abzurutschen. Es darf dabei weder um eine Pseudoinklusion gehen, die so tut, als könnten Menschen aus unteren Schichten nicht auch komplexe Themen und Wörter verstehen, sondern es muss um den tatsächlichen Abbau von Wissenshierarchien gehen. Die Frage, wie man einen akzeptablen Mittelweg zwischen Selbstbildung und Außenwirkung findet, ist eine, die schon mehrere Plena bis in die Nacht hat gehen lassen. Wieviel Platz ist für Außenwirkung, wenn wir uns vorrangig auf unsere Selbstbildung fokussieren und andersherum? Während sich mehr und mehr um die Außenwirkung und die Generierung von Reichweite Gedanken gemacht wird, bleibt die Frage, wie wir mit der Selbstbildung verfahren. Denn es ist durchaus wichtig, diese beiden in Waage zu halten. Was nützt ein Lesekreis, von dem niemand etwas weiß? Andersherum, also purer Aktionismus ohne Theorie, ist ebenso fatal, obwohl dies zunächst nicht

offensichtlich erscheint. Zu vielen Themen kann man auch eine Meinung haben, wenn man wenig Ahnung von den genauen Begriffen hat. Scheiße finden kann man Dinge auch ohne zu wissen, was diese bedeuten. Als Beispiel ist es einfach, sich Antifaschist zu nennen, ohne sich je darüber Gedanken machen zu müssen, was Faschismus nun genau ist: solange man wenigstens eine ungefähre Vorstellung hat, bzw. weiß das Faschismus ein böses Wort ist, genügt das den meisten. Zumindest würde uns diese Einstellung nicht von anderen Jugendorganisationen unterscheiden. Die Frage, die sich dann aber stellt: wozu es uns braucht, wenn es die Grüne Jugend doch schon gibt? Um vernünftig unsere Position nach außen tragen zu können und uns unterscheidbar von anderen zu machen, braucht es auch die Kenntnisse davon, was denn nun „unsere Positionen“ genau sind. Hier reicht eine ungefähre Vorstellung, was Faschismus denn nun sein könnte, nicht aus, um konsequent gegen ihn vorgehen zu können, oder um wenigstens nicht alles als Faschismus zu titulieren, was einem nicht in den Kram passt. So ist es gut, wenn junge Menschen mit Aktionswillen zu uns kommen, doch darf es nicht allein dabei stehen bleiben, sondern man muss sich auch mit den Verhältnissen auseinandersetzen. Andererseits wollen wir es auch nicht bei Theoriearbeit belassen. Was das Scheitern der populistisch-linken Bewegungen verteilt über Europa zeigt, ist, dass linke Parteien ihre tatsächliche Grundlage und Idee verlieren und so mehr und mehr die Sozialdemokratie hofieren oder selbst eben in diese Position rutschen, wie es beispielsweise bei der Syriza-Partei der Fall war. Auch das Versagen Jeremy Corbyns beim Versuch, Labour durch Populismus nach links zu rücken, versinnbildlicht eben diese Fatalität. Reine Außenwirkung ist nicht mehr

haltbar mit der vagen Idee von einem Unten gegen Oben! So brauchen wir einen guten Weg, um Selbstbildung und Außenwirkung vernünftig umzusetzen, ohne das Eine von Beiden zu kurz kommt. Bundesebene und Landesebene sollten hier vermehrt Bildungs Kooperationen, wie zum Beispiel mit der Rosa-Luxemburg Stiftung anstreben. So bleibt man nicht komplett auf den Kosten sitzen und kann gleichzeitig mehr Wissensvermittlung garantieren. Es muss ja kein Widerspruch zwischen Außenwirkung und Selbstbildung geben, wie der recht erfolgreiche Marx-Lesekreis aus Bayern in Zeiten von CoVid-19 zeigt. Die verschiedenen Ebenen der Lj müssen es schaffen, die Vorträge und Veranstaltung besser zu bewerben. Dabei sollten Informationen und Anhaltspunkte über erfolgreiche Vorträge und Referate in einer geteilten Datenbank vorliegen.

Was wir als Verband sein wollen, ist hier vermutlich die schwierigste Frage zum Stand der Linksjugend. Selbst betrachten wir uns als Sprungbrett und Parteikaderschmiede. Andere sehen in uns eher eine Plattform, die von verschiedenen politischen Akteuren und Bewegung genutzt werden kann, um ihre Botschaft zu verbreiten. Um uns als Gruppe jedoch eigenständig zu positionieren, wäre es wichtig, ein eigenes Profil zu erarbeiten, was sich tatsächlich nach außen darstellen lässt. Hier darf man weder nur Parteiflügel werden noch jeder Gruppe als Verbreiter von Inhalten zu Verfügung stehen. So muss sich die Linksjugend durch eine eigene Position vor der Vereinnahmung ihres Namens schützen. Das Bundesjugendplenum wäre ein guter erster Schritt zur Diskussion über solche Positionen, die sich aus unseren Beschlüssen ergeben sollten. Man kann nur hoffen, dass das nach CoVid-19 wieder angegangen wird.

## **Die Zukunft der Linksjugend**

Wie soll unsere Struktur aussehen, damit wir neue Strategien implementieren können? Wir denken, dass über eine Reform des Modells BSPR nachgedacht werden muss. So wenig, wie irgendjemand Personenkult will, so wichtig ist das Einsetzen von Menschen, die Presseaufgaben übernehmen können. Der Jugendverband muss es auch auf Bundesebene schaffen, in verschiedenen Medien eine mit anderen Jugendorganisationen vergleichbare Präsenz aufzubauen. Um das Bilden von Machtzentren in den verschiedenen Ebenen zu unterbinden, sollten Ämter auf Landesebene und Bundesebene auf höchstens zwei Legislaturperioden begrenzt sein. Dabei kann die Hartquote ein gutes Mittel sein, um den Verband zu zwingen, sich mehr mit der Förderung von Frauen zu befassen. Dies sollte allerdings unter keinen Umständen dazu führen, dass Frauen genötigt werden, Posten einzunehmen, auf die sie keine Lust haben. Was unser Ziel sein muss, ist ein marxistischer Jugendverband, der seine Mitglieder weiterbildet und sich aktiv solidarisch dafür einsetzt, dass gemeinsame Ziele erreicht werden können. Dadurch werden Mitglieder gefördert, politische Arbeit umzusetzen. Viel zu oft werden gute Aktivisten bei Projekten verheizt, weil weder Gruppe noch Landesverband noch Bundesverband es schaffen, ihre Mitglieder angemessen zu unterstützen.

Das Ziel der Linksjugend sollte es sein, für eine erreichbare Zukunftsalternative zu kämpfen, die andere Menschen mitreißt und ihnen Hoffnung gibt, ohne sich in idealistische Weltverbessererei zu verrennen. Kein Malen von Luftschlössern und eine Welt voller Pazifisten sollten wir verkörpern, sondern den erreichbaren Traum des besseren Lebens für viele Menschen, der für viele Menschen mit dem sogenannten „Ende der

Geschichte“ bereits gestorben war. Doch jetzt, am Ende des „Endes der Geschichte“, wollen wir den Menschen eine Option der Hoffnung präsentieren! Wenn dieser Verband tatsächlich zu einer eigenständigen politischen Kraft werden soll, so sollten wir uns bemühen, die Wege der Geschichte zu verstehen und uns nicht nur darauf konzentrieren, die Partei vor uns herzutreiben, sondern sich tatsächlich mit Themen kritisch auseinandersetzen. Es darf nicht darum gehen, sich als Radikalster im Raum zu geben, weil man sich in dieser Rolle gefällt, sondern Radikalität muss stets das Ziel haben, alle Verhältnisse zu stürzen, in denen der Mensch ein geknechtetes und entrechtetes Wesen ist. Ja, Radikalität muss der Barbarei entschlossen entgegengehalten werden. Egal, aus welcher Ecke sie auch kommen mag!

## **Thesen zum Erreichen unserer Zukunft**

### **Wider der Identifikation durch inhaltsleere Begriffe!**

Wir sind sozialistisch, kommunistisch, antifaschistisch, antirassistisch, etc., haben aber dennoch keine Ahnung, was Sozialismus und Kommunismus sind, noch was diese voneinander unterscheidet. Der Faschismusbegriff ist uns nicht geläufig und wird umso mehr ausgehöhlt, wenn wir ihn für alles verwenden, was uns nicht in den Kram passt. Genauso verwenden wir den Rassismusbegriff beliebig: Muster, welche sich gegen unterschiedliche Gruppen richten, sind einmal rassistisch und ein anderes Mal nicht, es reicht oft soweit, dass diese manchmal sogar als gerecht gelten und vollkommen in Ordnung sind. Begriffe verkommen zu etwas Individuellem. Jeder darf sich

aussuchen, was Begriffe bedeuten und wie er sie benutzt. Inhalte verschwimmen, werden alles und nichts. Anstatt dass wir mit zig Begriffen um uns werfen, von denen wir nicht einmal wissen, was sie genau bedeuten, sollten wir uns klar werden, was wir von uns selbst erwarten. Erst durch das Verstehen können wir unsere Forderungen auch klar nach außen tragen, ohne dass wir uns in den zehntausendsten internen Kategorienstreit begeben und wir am Ende wieder dastehen, wo sich jede\*r beliebig aussuchen kann, was denn nun nach seinem Gusto die "richtige" Definition.

### **Für die Wissenschaft, Für den Materialismus**

Wir haben ein Problem damit, dass Begriffe ihres Inhaltes beraubt und beliebig gemacht werden. Kategorien werden aufgelöst, für nicht existent erklärt, oder haltlos miteinander vermischt. So schmückt man sich mit einem Queerbegriff der leider nicht mehr so viel meint, wie früher. Durch Vermengung von Kategorien wie Sex, Gender und Sexualität ist ein beliebiger Begriff entstanden, welcher nicht mehr die Individualität von Personen wertschätzt, sondern ihnen nur noch einen schmückenden Begriff bietet, mit dem eine Identität ersetzt werden kann. Es ist hierbei mittlerweile so viel vermengt wurden, dass man sich ab und zu fragt, ob nicht der Begriff Mensch schon wieder ausreichend wäre, oder ob der Queerbegriff sich soweit zuspitzt, dass er statt einer Gut-Böse-Dichotomie verwendet werden könnte. So werden auch Theorien oft stark vereinfacht, ihnen wird jede Komplexität genommen, ohne dabei zu beachten, dass man in stumpfe Vereinfachungen abrutscht. Zu einer Kapitalismuskritik kommt so oft der Vorwurf, das Eigentum Diebstahl sei, obwohl das Recht auf Privatbesitz eines der

wichtigsten Errungenschaften in unserer Gesellschaft ist. Allen dreien, Begriff, Kategorie und Theorie, werden ihre Allgemeinheiten und Wahrheiten abgesprochen. So sind die vermeintlichen Vorwürfe: dass es ja andere Sichtweisen (oder Glaubensvorstellungen, als was man sie eher bezeichnen sollte) gäbe, dass diese, trotz ihrer Allgemeinheit, nicht mehr aktuell seien und so heute nicht mehr angewendet werden können - nichtsdestotrotz fallen auch heute noch Steine Richtung Boden und nicht in den Himmel. In einem alles verschlingenden Eklektizismus wird alles miteinander so lange vermischt, bis dies einen inhaltsleeren, oder noch schlimmer, widersprüchlichen Brei ergibt. Aus jeder Sache wird das Liebste herausgesucht, ohne Zusammenhang und Verbindung zu sehen, geschweige denn die Widersprüche zwischen diesen überhaupt zu bemerken, bis alles keinen Sinn mehr ergibt. Wenn wir Kommunisten sein wollen, dann gehört es unvermeidlich dazu, auch materialistisch zu sein. Zum Materialismus gehört eine Welt, in der Begriffe nicht nur einfach Äußerungen sind, sondern eine allgemeine Definition und Realität haben. Ebenso sind Kategorien nicht nur ausgedachte Konzepte, die nur in unserem Kopf existieren, sondern real in und an den Dingen existieren und die Welt um uns herum beeinflussen. Anstatt uns also in die Bedeutungslosigkeit und pure Ideologisierung eines pastiche-artigen Scheins vermengter, nicht identifizierbarer Theoriebruchstücke zu flüchten, sollten wir anstreben, ernsthaft wissenschaftlich, materialistisch zu arbeiten.

## **Für ein Ende der Pseudoinklusion**



Es ist nicht zielführend, Menschen, die Schwierigkeiten haben, komplexe Themen zu verstehen, diesen diese aufzuzwingen. Sie sollten die Hilfen bekommen, die sie brauchen und haben möchten. Aber es ist auch nicht hilfreich, einen Diskurs auf seine simpelsten Verhältnisse herunterzubrechen, da er so die Gesellschaft nicht beschreiben kann. Dies ist weder den Menschen angemessen, die diesen Diskurs führen, noch ist es zielführend für eine politische Organisation, da so die Beschreibung von Beziehungen zwischen Begriffen nicht mehr möglich ist. Es sollte bei Integration nicht darum gehen, dass man versucht, Menschen, die eindeutig mit diesem Diskurs überfordert sind, ihnen diesen aufzuzwingen. Wir sollten den Diskurs so klar wie möglich führen, sodass alle die die Möglichkeit haben, diesen zu verstehen und auch verstehen können.

### **Feminismus muss mehr als ein Lippenbekenntnis sein**

Linker Feminismus sollte sich nicht nur mit der Rolle der Frau allein beschäftigen, er sollte Anerkennung in beide Richtungen fördern und fordern. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass sich patriarchale Strukturen nicht nur negativ auf Frauen auswirkt, sondern auf alle Menschen, besonders aus dem LGBT\* Spektrum. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass der so entstehende Druck alle betrifft. Aufforderungen wie "Man up!" haben in unserer Vorstellung von Gesellschaft nichts zu suchen. Das heißt nicht nur, dass Quoten durchgesetzt werden, sondern vor allem, dass man sich mit diesen Fragen auch theoretisch auseinandersetzen muss und Menschen verstehen, warum Quoten jetzt gerade wichtig sind. Theoretiker\*innen wie Beauvoir, Kollontai oder Stokowski sollten häufiger in linke Diskussionen

einbezogen und deren Forderungen geteilt werden. Wir sollten Probleme sichtbar machen, Geschichten erzählen und dafür sorgen, dass sich Menschen sicher fühlen, Strukturen zu hinterfragen und aktiv für veränderte Rollenbilder einzustehen. Linker Feminismus steht für eine offene, tolerante Gesellschaft für alle. Wir sollten jedoch hier auch praktisch werden und patriarchalen Verhaltensweisen endlich auf den verschiedenen Ebenen Einhalt gebieten. So sollten wir auch eigenes martialisches Auftreten hinterfragen und kritisieren. Auch sollte Solidarität mit Frauen außerhalb der linksjugend bei uns Standard sein, egal ob diese in anderen Organisationen, wie Terre des Femmes, sind oder unabhängig agieren.

### **Öffentlichkeitsarbeit und Darstellung**

Es ist wohl allen klar, dass sich unsere öffentliches Auftreten verbessern muss. Dass bedeutet, Presseverteiler auf Bundes-, Landes- und Basisgruppenebene einrichten! Die jeweils höhere Ebene sollte helfend eingreifen, falls es Probleme beim Einrichten gibt. Die Aufgabenverteilung sollte im BSPR so geändert werden, dass ein Presseauftritt kohärent wird, so dass er nach außen die tatsächlichen Beschlüsse und Positionen geschlossen vertreten kann. Über die Einrichtung eines zweiköpfigen Presseteams sollte nachgedacht werden.

### **Kooperation mit anderen Gruppen**

In Kooperation sollte unser Ziel stets klar sein, damit die eigene Position nicht verschwimmt. Dabei sollte entscheidend sein, dass solche Kooperation nicht gegen Beschlüsse des Jugendverbandes laufen.

## **Strategische Entscheidungen**

Es sollte notwendig sein, bei politischen Aktionen, dass nicht nur die eigene, sondern auch eine strategische Aussage mitbedacht wird. So verschreckt eine falsche Militanz häufig eher Leute, als dass sie zum Diskurs anregt. Jedoch kann gerade eine Störaktion Leute aus ihrem Trott reißen: hier ist es wichtig, eine Balance zu finden.

## **Jugend- und Schulpolitik**

Man glaubt es kaum, aber wir sind immer noch ein Jugendverband. Deswegen sollte Jugendförderung eins unserer Ziele sein. Dennoch finden sich kaum junge Menschen in Gremien, sei es auf Landes- oder Bundesebene. Es sollte ein Forum geben, welches sich das Ziel setzt, junge Menschen zu fördern und ihre politischen Interessen in den Jugendverband zu tragen. Wir sollten daran arbeiten, offline und online wieder mehr junge Menschen anzusprechen. Des Weiteren sollte auch über eine Jugendquote in Gremien nachgedacht werden, in denen dies möglich ist, wie im BSPR, LSPR's oder den Länderräten. Auch Schulpolitik muss weiterhin ein Bestandteil unserer Thematik sein, auch wenn manche Basisgruppen nicht mehr nur aus Schüler\*innen bestehen.

## **Diskussionskultur/Umgang untereinander**

Im Verband sollte eine solidarische Diskussionskultur etabliert werden, die das Gegenüber ernst nimmt, ohne dabei zwanghaft zu versuchen, einen Kompromiss finden zu müssen. Man sollte allerdings offen genug sein, auch seine Gegenargumente vorzubringen und nicht einfach jemandem zuzustimmen oder abzulehnen, weil er aus dem richtigen oder falschen

Bundesland kommt. Menschen, welche nicht so aggressiv auftreten können oder wollen wie andere, sollten in Diskursen dennoch aufmerksam angehört werden und nicht übergangen werden.

## Wie geht es weiter?

In einer zweiten Runde wollen wir auf der Grundlage der Papiere in vier Themenkomplexen diskutieren. Wegen des Corona-Virus finden diese Diskussionen digital statt.

Nicht für alle ist es ohne weiteres möglich, mal eben 18 Beiträge zu lesen. Deshalb versuchen wir hier in Vorbereitung der drei Diskussionsrunden zentrale Überlegungen in kurzen einleitenden Sätzen zusammen zu fassen. Dabei bleiben etliche Punkte auf der Strecke. Bitte fühlt euch aufgerufen, diese in die Diskussion einzubringen und entschuldig ihr Fehlen hier.

Unter den einleitenden Absätzen findet ihr jeweils Ideen für zu diskutierende Leitfragen. Wenn Fragen fehlen, sagt gerne Bescheid und wir bringen sie noch unter.

Gerade die letzte Runde soll **Verabredungen** zur Folge haben. Bringt euch ein!

*20. Mai – Erstmal meckern!*

### Was hier falsch läuft?

Der Zustand unserer Gesellschaft ist katastrophal: Wir erleben ein erstarken der Rechten in einer Zeit des Rückbaus des Sozialstaats. Offen werden mit Kurz- und Leiharbeit durch die Arbeiter\*innenbewegung erkämpfte Rechte mit Füßen getreten. Selbstbewusst stehen autoritäre Machos an der Spitze von immer mehr Ländern. Ihr schamloser Sexismus findet sich auch in der Breite der Gesellschaft. Dem Klimawandel begegnen die Herrschenden mit

Tatenlosigkeit oder sogar einem rücksichtslosen Festhalten an beispielsweise der Braunkohle. Ohne schlechtes Gewissen schottet sich Europa ab und wird nur noch dadurch zusammengehalten. Die seit 2008 anhaltende Krise des Neoliberalismus droht durch einen autoritären und auf das eigene Land bezogenen Kapitalismus (Protektionismus) gelöst zu werden. Wir erleben einen Klassenkampf von oben, der sich durch die Corona-Pandemie verschärft.

- Was bedeutet es konkret, dass wir eine Krise des Neoliberalismus erleben und woran können wir diese festmachen?
- Welche Gründe gibt es für das Erstarken der gesellschaftlichen/politischen Rechten?
- Welche Probleme sind durch die Corona-Pandemie hinzugekommen?
- Welche der Probleme treffen vor allem Jugendliche und junge Erwachsene?
- ...

*27. Mai – Jetzt darf geträumt werden*

### **Bin ich schon drin? Sozialismus in der Praxis.**

Mit Korrekturen am bestehenden, kapitalistischen System werden wir uns nicht zufriedengeben. Ohne Abstriche und auch wenn es einen beschwerlichen Weg bedeutet, streiten wir für einen klaren Bruch mit den bestehenden Verhältnissen, für Sozialismus und Kommunismus. Dafür müssen wir aufhören, uns zu verstecken oder im Klein-Klein zu verlieren.

Offensiv gilt es an Konzepten zu arbeiten, Arbeiter\*innen, Schüler\*innen, Auszubildende mit einem sozialistischen Programm anzusprechen und zu organisieren.

Radikale Inhalte dürfen dabei kein Selbstzweck sein.

- Wie machen wir Lust auf Sozialismus?
- Forderungen für ein ad-hoc Programm: In 7 Schritten zum Sozialismus.
- Mit diesen Forderungen gewinnen wir Auszubildende und Arbeiter\*innen (Schüler\*innen)
- ...

*03. Juni - Und wir schauen einfach zu? - Probleme von linksjugend ['solid]*

### **Wo liegen unsere Defizite**

Soziale Fortschritte, die wir auf der Straße oder im Parlament erstreiten, verleihen unserem Programm Glaubwürdigkeit. Verbindliche und gut ausgebildete Mitglieder und Funktionsträger\*innen wirken als ein Verband in die Gesellschaft und treiben DIE LINKE vor einem kämpferischen Jugendverband her. Die Ansprüche an linksjugend ['solid] sind hoch. Entsprechend lang auch die Liste der Momente, in denen wir ihnen nicht gerecht werden: Die programmatische Orientierung sollte sich genauso grundlegend ändern, wie die Diskussionskultur, die Öffentlichkeitsarbeit zeitgemäß und alles nicht bloß anders, sondern besser werden.

- Auf den Punkt gebracht: die fünf organisatorischen Hauptprobleme von linksjugend [\'solid].
- Auf den Punkt gebracht II: Die drei strategischen Hauptprobleme von linksjugend [\'solid].
- Was lief schlecht an der letzten Kampagne (EP-Wahl 2019)
- Wie hättest du dir deine Aufnahme in linksjugend [\'solid] gewünscht?
- Vier Dinge an denen du merkst, dass eine Kampagne funktioniert hat.
- ...

### *10. Juni – Na dann aber mal Butter bei die Fische*

#### **Welche Rolle spielen wir dabei und was brauchen wir dafür?**

Kampf in den Betrieben und dann Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zack, sind wir im Sozialismus, wenn die anderen mitgemacht hätten. Wir sind vor allem plural, was in der Praxis meist heißt, allein zu bleiben. Zusammenarbeit beruht auf Verabredungen über ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Arbeitsweise. Und gerade hier lässt sich etwas verbessern: Zielfindung erfordert Bildung und Diskussion, die in der Folge gut kommuniziert wird. In wenigen Schritten ließ sich unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern und eine Belebung der Bundesebene steht schon lange aus.

Konkrete Schritte dazu wollen wir hier andiskutieren und nach dem digitalen BJP weiterentwickeln.

- Welche Bildungsangebote brauchen wir?



- Wie gestalten wir die Einbindung von Neumitgliedern?
- Braucht es ein neues Programm oder nur neue Flyer? - 1. Redaktionstreffen
- Wie gelingt unser Pressekonzept?
- Was brauchen wir für eine wirksame Präsenz in den sozialen Medien?
- Wie wirken wir in DIE LINKE?
- Wir verschicken den Aufruf für ein Krisen Bündnis. An wen und warum?
- ...

Auf der Grundlage der Verabredungen und der strategischen Diskussion bereitet eine Kampagnen-AG in der Folge einen Prozess zur Konzeption einer Kampagne zur Bundestagswahl 2021 vor. Zentrales Moment dafür wird der Bundeskongress 2020 sein.